

DIALOG

SÄCHSISCHER LANDTAG
DER PRÄSIDENT  DRESDNER GESPRÄCHSKREISE
IM STÄNDEHAUS



Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus
»Umbruch jüdischen Lebens in Deutschland
nach der Wiedervereinigung«
am 6. März 2013



DIALOG

Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus
»Umbruch jüdischen Lebens in Deutschland
nach der Wiedervereinigung«
am 6. März 2013



Vortrag von Mordechai Lewy

Inhalt

Eröffnungsansprache

durch Dr. Matthias Rößler, Präsident
des Sächsischen Landtags 6

Vortrag

von Mordechai Lewy,
Botschafter a. D. 12

Vorstellung der Teilnehmer

an der Podiumsdiskussion 24

Podiumsdiskussion 26

Impressum:

Herausgeber: Sächsischer Landtag,
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
V.i.S.d.P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag
Redaktion: Falk Hentschel, Sächsischer Landtag
Fotos: S. Floss, S. Giersch (U4)
Gestaltung, Satz: www.oe-grafik.de
Druck: addprint AG, Bannewitz

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig. Ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.



Eröffnungsansprache durch Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags

Exzellenz,
sehr geehrter Herr Lewy,
liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Vertreter des Verfassungsgerichtshofes sowie des Konsularischen Korps, sehr geehrte Frau Gerlach, sehr geehrter Herr Aris, Herr Prof. Diner, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste!

Ich begrüße Sie im Dresdner Ständehaus recht herzlich zu unserem Gesprächskreis, der den Umbruch jüdischen Lebens nach der Wiedervereinigung zum Inhalt hat. Ziel dieser Veranstaltungsreihe ist es, mit Multiplikatoren und Entscheidungsträgern der Bürgerschaft – also mit Ihnen – vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit Ideen und Strategien für die Gestaltung der Zukunft zu entwickeln.

Jüdisches Leben ist ein Zukunftsthema, das seit vielen Jahrhunderten mit den Erfahrungen unserer Geschichte und seit dem Umbruch von 1989/90 mit den

Herausforderungen der Gegenwart untrennbar verbunden ist. Es ist ein Bestandteil der sächsischen Geschichte und damit sowohl einer jüdischen als auch einer sächsischen Identität und der schöpferischen und kritischen Auseinandersetzung mit uns selbst.

Wie überall in Deutschland reicht jüdisches Leben auch in Sachsen bis ins Mittelalter zurück. Wir wissen heute, dass die alte Hauptstadt Meißen im 12. Jahrhundert ein Zentrum des aschkenasischen Rabbinertums und Sitz einer Tossafisten-Schule gewesen ist. Die Wettiner Markgrafen stellten die Juden unter ihren Schutz. Mit der Pestkatastrophe von 1348 setzten aber auch hier die Verfolgungen ein.

Obwohl die Juden aus Sachsen vertrieben worden sind, haben in einigen Teilen Mitteldeutschlands immer wieder Juden gelebt. Ich denke an die bedeutsame jüdische Gemeinde in Halberstadt mit ihren engen Beziehungen nach Sachsen und zum sächsischen Hof. Von den jüdi-

schen Gemeinden und ihren gesellschaftlich führenden Vertretern erhielten die Markgrafen und später die Kurfürsten beträchtliche finanzielle Mittel. Einzelne jüdische Familien hatten beispielsweise auch in Dresden Aufenthaltsrecht, mussten ihre Toten aber in Teplitz beisetzen lassen, ehe im 18. Jahrhundert in der Dresdner Neustadt der heute älteste jüdische Friedhof in Sachsen entstanden war.

Die eigentliche nachmittelalterliche jüdische Geschichte setzt in Sachsen mit dem 19. Jahrhundert ein. Die 1848 verkündete Einführungsverordnung zu den Grundrechten der Juden in Sachsen konnte zwar erst 1869 verwirklicht werden, hatte aber eine starke jüdische Einwanderung vor allem in den großen Städten zur Folge.

Hier haben jüdische Familien in ganz erheblichem Maße zum wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen und kulturellen Aufschwung des Landes beigetragen.



Diese positive Entwicklung, die im Vergleich zum jüdischen Schicksal in Osteuropa mit den immer wiederkehrenden Pogromen als eine Erfolgsgeschichte bezeichnet werden kann, hielt bis zum Machtantritt des Nationalsozialismus an. Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft zuerst über Deutschland und bald schon über nahezu ganz Europa hat zur Vernichtung der jüdischen Kultur und zur Auslöschung der jüdischen Gemeinden in Mittel- und Osteuropa geführt. Die Synagogen wurden systematisch zerstört und die Gemeinden deportiert. Nur eine Minderheit hat überlebt und zunächst nirgendwo Zuflucht gefunden.

Die allerwenigsten kehrten in ihre einstigen Wohnorte zurück. Wer nicht bereits vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nach Übersee entkommen konnte, suchte auf schwierigen Wegen eine neue Zukunft in Palästina, seit 1948 in Israel.

Im Landtag gedenken wir jedes Jahr am Holocaustgedenktag der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus und damit einer Zäsur innerhalb der Verfolgungsgeschichte des Judentums, die als singulärer Genozid an einem Volk den Tiefpunkt der Menschheitsgeschichte markiert.

Die Nachkriegszeit hat zwar einen Neubeginn, aber keinen Aufschwung des jüdischen Lebens in Sachsen mit sich gebracht. Nach 1945 und vor dem Umbruch von 1989 führten die Gemeinden eine Nischenexistenz und konnten keine Wirksamkeit innerhalb der Gesellschaft entfalten.

Und das lag nicht allein an der aufgrund der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik verschwindend geringen Mitgliederzahl der Gemeinden, in der gesamten DDR etwa 400.



Antisemitismus – man denke nur an die Prozesse gegen die jüdischen Ärzte und den Slánský-Prozess in Prag in der Stalinzeit – und später Antizionismus gegen den jüdischen Staat Israel bestimmten auch die Politik der kommunistischen Diktaturen östlich des eisernen Vorhangs. In der DDR machte der Amts- und Machtmissbrauch infolge der SED-Herrschaft vor den Türen der jüdischen Gemeinden nicht halt. Begegnungen mit dem Judentum wurden staatlicherseits nicht gefördert und in den Achtzigerjahren allein auf Initiative aus den Kirchen heraus möglich gemacht. Gern denke ich an Pfarrer Reimanns Arbeitskreis »Begegnungen mit dem Judentum« in der Annenkirche.

Die Friedliche Revolution in der DDR und die Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegungen in vielen osteuropäischen Staaten bedeuteten auch für das Judentum den Beginn einer neuen Ära. Für die Juden in den Staaten der untergegangenen Sowjetunion haben sich die Grenzen nach Europa, Deutschland und Sachsen geöffnet. Die Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen 1990 bildete daher auch für das jüdische Leben in Sachsen selbst einen Umbruch und eine Zäsur von historischer Dimension.

Die Zeit nach 1990 war geprägt von einer enormen Zuwanderung von Juden aus Osteuropa, insbesondere von Aschkenasim aus der ehemaligen Sowjetunion.

Diese jüdische Einwanderung gestaltete das jüdische Gemeindeleben in Sachsen vollkommen neu. Ende 1989 zählten die drei jüdischen Gemeinden in Chemnitz, Dresden und Leipzig nur knapp über 100 Mitglieder – und zwar alle drei Gemeinden zusammen.

Das hat sich grundlegend gewandelt: Heute zählt die jüdische Religionsgemeinschaft in Sachsen mehr als 2.600 Mitglieder, davon 1.300 in Leipzig, 750 in Dresden und 600 in Chemnitz. Diese Zahlen machen deutlich, welche gewaltige Integrationsleistung von diesen drei kleinen Gemeinden vollbracht worden ist. Heinz-Joachim Aris, der heute mit uns im Podium diskutieren wird, hat dabei von Anfang an in der Verantwortung gestanden und sich besondere Verdienste erworben.

Der Ansturm der Zuwanderer hat die jüdischen Gemeinden strukturell, personell und finanziell vor enorme und äußerst komplexe Herausforderungen gestellt. Die Eingliederung umfasste nicht allein die soziale, sondern ebenso die religiöse Integration. Das drängendste Problem war zunächst die Suche nach Wohnungen und Arbeit für die vielen neuen Gemeindemitglieder. Aber ein Neuanfang war für die allermeisten von ihnen auch die praktische Ausübung ihrer Religion, die in der ehemaligen Sowjetunion unter den Bedingungen der kommunistischen Gewaltherrschaft unterdrückt worden ist.

Jüdische Existenz braucht aber nicht allein Integration, sondern vor allem auch Identität. Die Fähigkeit zur Integration und die Bewahrung der Identität bedingen einander. Staatsbürgerliche Integration im Sozial- und Rechtsleben und Erhaltung jüdischer Identität im Religions- und Geistesleben bilden das Fundament, auf dem sich jüdisches Leben als eine Bereicherung der gesamten Gesellschaft entwickeln wird.

In Sachsen ist neben liberalen Gemeinden auch das orthodoxe Judentum vertreten. Die Vielfalt kennzeichnet das Judentum, bedarf aber einer Kultur der Toleranz, um Früchte für die Gemeinden und das Gemeinwesen insgesamt tragen zu können. Das Gemeinwesen nimmt seine Verantwortung von Anfang an wahr. Ohne die Partnerschaft und Unterstützung durch den Freistaat Sachsen hätten die Herausforderungen der zurückliegenden beiden Jahrzehnte unmöglich bewältigt werden können.

Bei der Gestaltung des jüdischen Lebens unterstützt der Freistaat Sachsen die jüdischen Gemeinden, die sich zum Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden zusammengeschlossen haben, und bekennt sich ausdrücklich zu seiner Verantwortung für deren Entwicklung. Ihre Bedeutung für die Bewahrung und Festigung der religiösen und sittlichen Grundlagen des menschlichen Lebens ist anerkannt. Die Beziehungen des Lan-



des sind, wie in der Verfassung von 1992 festgelegt, durch einen Vertrag geregelt.

1994 hat Sachsen diesen Staatsvertrag mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden geschlossen, welcher zuletzt 2006 erneuert und ergänzt worden ist. Neben allgemeinen Regelungen zur Stellung der jüdischen Gemeinden wurde vereinbart, dass der Freistaat jährlich einen Festbetrag zur Verfügung stellt. Dieser Betrag ermöglicht es den Gemeinden zusammen mit eigenen Einnahmen und Spenden, das jüdische Leben zu gestalten und Rabbiner zu beschäftigen.

Sehen lassen kann sich auch die Unterstützung beim Synagogenbau in Dresden

und Chemnitz sowie bei der Rekonstruktion in Leipzig. Für den Bau der Neuen Synagoge Dresden beispielsweise kamen acht Millionen Mark von der Stadt Dresden, acht Millionen vom Freistaat und beachtliche vier Millionen vom Förderverein.

Und schließlich wurde 1995 an der Universität Leipzig das Simon-Dubnow-Institut, benannt nach dem jüdischen Historiker Simon Dubnow, ins Leben gerufen. Die Idee zur Gründung dieses Institutes zur Erforschung der Kultur und Geschichte des mitteleuropäischen Judentums hatten Mordechai Lewy und ich während einer Israel-Reise der regierungstragenden CDU-Fraktion im Jahr

davor. Ich erinnere mich an eine Überfahrt auf dem See Genezareth, er an einen Gang durch die Straßen Jerusalems. Biblisch und bedeutend war der eigentliche Geburtsort Ihres wunderbaren Institutes allemal, lieber Herr Professor Diner. Gleich nach der Rückkehr aus dem Heiligen Land wurde der Antrag zur Institutsgründung von mir in den Landtag eingebracht und umgehend – nicht gerade zur Freude des Finanzministers – beschlossen.

Sowohl als Mitglied der Sächsischen Staatsregierung als auch des Sächsischen Landtags habe ich an der Gestaltung jüdischen Lebens persönlich Anteil genommen. In acht entscheidenden Jahren lag die Zuständigkeit für Kirchen und Religionsgemeinschaften – und damit für die jüdischen Gemeinden – im von mir geleiteten Kultusministerium. Vor dem Hintergrund meiner Erfahrungen stelle ich heute fest, dass in den mehr als zwanzig Jahren nach der Friedlichen Revolution zwischen der Landespolitik und den jüdischen Gemeinden in Sachsen ein vertrauensvolles und offenes Verhältnis gewachsen ist, ganz besonders von unserem ersten Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf gefördert und vorangetrieben.

Im Freistaat Sachsen ist das öffentliche Interesse an jüdischer Kultur, Geschichte und Religion, die bereits wieder auf vielfältige Weise und in ihren unter-

schiedlichen Facetten wahrgenommen werden können, heute größer als jemals zuvor. Das gilt übrigens für Mitteleuropa insgesamt. Der Zugang zu einer gemeinsamen mitteleuropäischen Geschichte tritt immer deutlicher hervor, auch wenn er noch stärker im öffentlichen Bewusstsein verankert werden muss. Doch es geht nicht allein um Sachsen, sondern um die Stärkung und die Zukunft des Judentums in Mitteleuropa, neben Israel, Westeuropa und den USA.

Das Judentum wurde als »Wirbel der Weltgeschichte« bezeichnet. Es war zu allen Zeiten ein sensibler Seismograf für die Befindlichkeit der Gesellschaften und Nationen, mit denen es in seiner dreitausendjährigen Geschichte zwischen Orient und Okzident verbunden gewesen ist. In historischen Dimensionen gemessen, haben Nationen, Länder und Kulturen eine Blüte erlangt, in denen das Judentum seine schöpferischen Kräfte frei entfalten konnte.

Verfolgung und Vernichtung, unter denen das Judentum immer wieder und zuletzt durch deutsche Schuld zu leiden hatte, haben die Verfolger selbst immer wieder an den Rand des Abgrunds gebracht und ins Abseits der Geschichte gestellt.

Heute erkennen wir im Judentum eines der Fundamente unserer Kultur. Das alte Mitteleuropa erlebte seine Blütezeit als einmalige Symbiose aus deutscher,

slawischer und jüdischer Kultur. In unserem Nachbarland Böhmen und insbesondere in Prag lässt sich dies noch heute studieren. Dasselbe könnte von Krakau gesagt werden, wo einige steinerne Zeugen den Untergang des Judentums im Zweiten Weltkrieg überdauert haben und Zeugnis für eine gemeinsame Geschichte ablegen.

Das Judentum ist Teil unserer Vergangenheit, unserer Gegenwart und unserer Zukunft. Es ist eine der Grundlagen unserer abendländischen Kultur, unserer geistigen Existenz und das Fundament unserer monotheistischen Religion, und zwar unabhängig davon, ob wir Juden, Christen oder Muslime sind.

Unsere großen Dichter und Denker wie der aus dem sächsischen Kamenz stammende Lessing – wir denken alle sofort an sein Drama »Nathan der Weise« – und sein Freund Moses Mendelssohn waren uns in dieser Erkenntnis weit voraus. Und auch unsere heutigen Referenten und Gesprächspartner sind mit dieser Geisteshaltung vertraut. Sie haben auf diplomatischer und politischer Ebene sowie im Leben der jüdischen Gemeinden und der Wissenschaft vom Judentum zum Umbruch jüdischen Lebens in Deutschland maßgeblich beigetragen.

Ich begrüße recht herzlich Mordechai Lewy, als israelischer Diplomat war er unter anderem Generalkonsul und

Gesandter in Deutschland und Botschafter des Staates Israel beim Vatikan, der den Impulsvortrag zu unserer heutigen Thematik halten wird.

Ich heiße die Mitwirkenden an unserer Podiumsdiskussion recht herzlich willkommen. Yakov Hadas-Handelsman ist ein hochrangiger Kollege von Mordechai Lewy und seit vorigem Jahr Botschafter des Staates Israel in der Bundesrepublik Deutschland. Der gebürtige Dresdner Heinz-Joachim Aris ist Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden und Mitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland. Prof. Dr. Dan Diner ist seit 1999 Direktor des Simon-Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur an der Universität Leipzig. Er lehrt sowohl am dortigen Historischen Seminar als auch an der Hebräischen Universität in Jerusalem.

Die Stimme unserer Moderatorin Alexandra Gerlach ist vielen von uns aus MDR-Fernsehen, aus Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur bekannt und vertraut. Aber die wenigsten werden wissen, dass sie sich seit ihrer Kindheit mit Israel und dem Judentum auf ganz besondere Weise verbunden fühlt. Als Diplomantochter hat sie ihre Schulzeit in Tel Aviv zugebracht und dort wesentliche Aspekte jüdischen Lebens persönlich kennengelernt.



Meine sehr verehrten Damen und Herren, am Eingangsportal der Neuen Synagoge Dresden wurde in goldenen hebräischen Lettern die Inschrift angebracht, die auch an der alten Synagoge von Gottfried Semper zu lesen war: »Mein Haus sei ein Haus der Andacht allen Völkern.« Diesen Vers aus dem 56. Kapitel des Propheten Jesaja interpretiere ich vor dem Hintergrund der heutigen Veranstaltung als Einladung zum Dialog. Ich verstehe diesen Dialog im Sinne des jüdischen Philosophen Martin Buber, der das dialogische Prinzip zum Fundament aller geistigen Auseinandersetzungen und zwischenmenschlichen Begegnungen erhoben hat.

Damit danke ich Ihnen allen und erteile meinem verehrten Freund und unserem Inspirator Mordechai Lewy das Wort.

»Umbruch jüdischen Lebens in Deutschland nach der Wiedervereinigung« Vortrag von Mordechai Lewy, Botschafter a. D.

Einführung

Ich wurde gebeten, heute über eine Zeitspanne zu sprechen, in der ich nicht nur Zeitzeuge war, sondern ein aktiver Beobachter. Ich werde mich bemühen, das Anekdotische zu verdrängen, um das historisch Wesentliche zu betonen. Ganz wird es nicht ausbleiben können, denn wenn wir den Historiker Prokopius ernst nehmen, so ist die Anekdote (auf Griechisch das Unveröffentlichte) dem Zuhörer interessanter, obgleich nicht unbedingt wichtiger. Doch ich möchte versuchen, meine persönlichen Eindrücke aus der Sicht eines Generalkonsuls von Israel, der erstmalig nach 2000 Jahren, wie man es bei uns sagt, von Berlin aus in dem Gebiet der ehemaligen DDR im Sommer 1991 seine Tätigkeit aufgenommen hat, von heute aus, mit der nötigen Distanz und Perspektive, abwägend zu beurteilen.

Kein gestörtes, sondern ein Nicht-Verhältnis DDR – Israel

Rückblickend hat der Sowjetblock, ausgenommen zeitweilige Ausnahmen wie Rumänien, zwischen 1955 und 1989 (also zwischen der Bandung-Konferenz und der Perestroika) eine ausgesprochene Feindseligkeit gegenüber Israel entwickelt. Historiker werden den Prozess der Auftauens der Kaltfront in Osteuropa an der allmählichen Aufwärmung der Beziehungen zum jüdischen Staat ablesen können. Eine Ausnahme gab es – die DDR. Es gab in den fünfziger Jahren Kontakte zwischen israelischen und DDR-Diplomaten in Moskau. Sie haben zu nichts geführt, da die DDR sich weigerte, jegliche historische, finanzielle oder politische Verantwortung dem jüdischen Staat gegenüber zu übernehmen. Warum hat gerade die DDR eine extrem anti-israelische Haltung eingenommen, quasi mehr als nötig? Es gab über den weltweiten Antisemitismus hinaus, von dem sich Kommunisten wie auch Nationalsozialisten keine Immunität

verschaffen konnten, einen virulenten Antizionismus, von dessen jahrelanger Indoktrinierung sich viele auch nach der Wende nicht so leicht befreien konnten. Diese Feindseligkeit drückte sich aus in der operativen Unterstützung von arabischen Ländern durch nachrichtendienstliche Kooperation. Ferner gab die DDR entscheidende Hilfe beim Aufbau palästinensischer maritimer Streitkräfte. Auf der Insel Rügen fanden Trainingslager dazu statt. In den Achtzigerjahren zeitigten die DDR-Instrukteure leider Erfolge, denn die Terroranschläge vom Mittelmeer aus machten die Küste Israels unsicher und galten ausschließlich der Bedrohung von Zivilbevölkerung. Es ist für mich unfassbar, wie Deutsche, wenn auch unter DDR-Flagge, ihre Vergangenheit so weit ausblenden konnten und mithalfen, den Staat zu bedrohen, der den Überlebenden der Schoah zur Heimat und Zufluchtsstätte wurde. Erst die Modrow-Regierung (18. November 1989–12. April 1990) suchte äußerst diskret und zaghaft den Kontakt zu Israel. Die Gründe waren klar ersichtlich:



Sie sah in der wahrscheinlichen Möglichkeit einer Wiedervereinigung eine Bedrohung und wollte die Rettung der DDR mit einer grotesk erscheinenden Diplomatie bewirken. Dabei sollte ausgerechnet Israel mithelfen: der jüdische Staat als Lebensretter für ein Land, das sich jahrzehntelang geweigert hatte, Wiedergutmachung zu bezahlen. Es gab zwei diplomatische Verhandlungsrunden in Kopenhagen, wo Israel nicht vorhatte, irgendwelche Anerkennungsschritte zu vereinbaren, bevor sich die DDR als deutscher Staat zur historischen Verantwortung gegenüber dem jüdischen Staat bekannte. Dabei war nicht nur

eine Revision seiner Israelpolitik gemeint, sondern auch eine Bereitschaft, das ausbleibende Drittel der 1953 vereinbarten Reparationszahlungen zu übernehmen. Die westdeutsche Diplomatie wollte verhindern, dass vor den ersten freien Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 irgendwelche Anerkennungsschritte zwischen DDR und Israel vollzogen werden. Gleichzeitig hatten Diplomaten der Bundesrepublik in Gesprächen mit israelischen Kollegen häufig in Erinnerung gebracht, dass jegliche finanzielle Zusagen der DDR auf Eis gelegt und für die Bundesrepublik nicht bindend sein werden. Die Modrow-

Regierung hielt bereits Ausschau nach einem Botschafter, der die DDR in Jerusalem vertreten sollte. Ein solcher hat sich bei mir in Jerusalem im Frühjahr 1990 informell vorgestellt. Als es immer klarer wurde, dass die DDR ihre finanzielle Souveränität Ende Juni 1990 mit der Währungsunion verlieren würde, hatte die Regierung de Maizière (12. April 1990–3. Oktober 1990) übereilte Schritte eingeleitet, um mit der ersten frei gewählten Volkskammer eine Revision der Haltung gegenüber Israel zu vollziehen. Der Beschluss der Volkskammer am 12. April ist ein sehr zuvorkommendes Dokument für Israel

und die Juden insgesamt gewesen. Die Modrow-Regierung konnte sich vorher nicht dazu durchringen, solch einen Text zu verabschieden. Im April 1990 war es aber schon zu spät, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Die deutsche Diplomatie in Bonn hatte ihr Ziel erreicht. Eine quasiprotokollarische Anerkennung hat es dennoch gegeben,



und zwar bei dem bis ins kleinste Detail durchgeplanten gemeinsamen Besuch von Rita Süßmuth und Sabine Bergmann-Pohl. In dem gemeinsamen Besuch hat das Auswärtige Amt darauf gedrängt, dass beide Damen in getrennten Staatskarossen fahren, um die jeweiligen Staatswappen und Natio-

nalflaggen separat zu zeigen. So wurde die Hammer-Zirkel-Ährenkranz-Flagge der untergehenden DDR in Jerusalem mehrmals gehisst. Nachträglich kann man dies als eine diplomatische Posse abtun, ihren symbolischen Charakter kann man ihr aber nicht absprechen. Was blieb von den Nichtbeziehungen – und ich verniedliche diese nicht als

gestörtes Verhältnis, wie es Angelika Timm in ihrem Buchtitel macht.

Der erste Paragraf des erwähnten Beschlusses kann als moralische Richtlinie für Haltungen dienen, die man auch heute ernst nehmen sollte:

- »Das erste frei gewählte Parlament der DDR bekennt sich im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zur Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder. Wir empfinden Trauer und Scham und bekennen uns zu dieser Last der deutschen Geschichte.« Dieser Satz diente als Ansporn zur Schaffung einer neuen Erinnerungskultur bezüglich der Schoah in den neuen Bundesländern.

- »Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk in Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.« Dieser Satz sollte die Grundlage von Anerkennung und Aufnahme von diplomatischen Beziehungen schaffen. Tatsächlich gab es einen solchen formellen Beschluss der Regierung de Maizière vom 16. Juni 1990. Dies hing offensichtlich mit dem eine Woche später stattfindenden offiziellen Besuch von Sabine Bergmann-Pohl (25. Juni) in Jerusalem zusammen.

- »Wir erklären, alles uns Mögliche zur Heilung der seelischen und körperlichen Leiden der Überlebenden beitragen zu wollen und für eine gerechte Entschädigung materieller Verluste einzutreten.« Man konnte freilich nicht Reparations-

zahlungen in der Höhe von 1,5 Milliarden DM versprechen. Dieser Satz war aber die Grundlage für die Schaffung eines Fonds von 6,3 Millionen DM, mit dem man die AMCHA-Stiftung gegründet hat, die die psychiatrische Betreuung von Schoah-Überlebenden in Israel übernommen hat. Sie erfüllt bis heute ihre Aufgabe. Die Regierung de Maizière begann folgerichtig auch Gespräche mit der Jewish Claims Conference, die auch nach der Währungsunion weitergeführt wurden.

Einen weiteren bleibenden Wert trugen die Verhandlungen im März und April 1990 zwischen INTERFLUG und EL AL zur Vereinbarung von Anflugrechten in Berlin-Schönefeld und dem Ben-Gurion-Flughafen Tel Aviv. Es waren offizielle Verhandlungen zwischen zwei Staaten, die sich gegenseitig nicht anerkannten. Die Bundesrepublik hat die aus den Verhandlungen resultierenden Flugrechte von EL AL in Berlin respektiert. Die Lufthansa war darüber jahrelang weniger erfreut.

Jüdisches Leben in der Bundesrepublik nach 1949 und vor dem Umbruch 1989

Jedem Beobachter fiel es auf, wie wünschenswert eine jüdische Präsenz in der Bundesrepublik als Prädikat eines neuen Deutschlands war. Die politische

Weitsicht Konrad Adenauers sah die Bereinigung des Verhältnisses zur jüdischen Welt und zum Staat Israel als Eintrittsbillet für die Wiedereingliederung Nachkriegsdeutschlands in die Völkergemeinschaft. Die Legitimität und das Ansehen eines neuen Deutschlands wurde abhängig gemacht von der Art und Weise, wie man sich der eigenen Geschichte



und Verantwortung gestellt und den Antisemitismus bekämpft hatte. Die Gesetzgebung gegen Verjährung der Nazi-verbrechen und das Verbot der Schoah-Leugnung sind beispielhaft geworden für andere Länder. Aus den Protokollen der Kabinettsitzungen von 1952 geht hervor, dass Adenauer sich im Allein-

gang gegen die Meinung seiner Bundesminister für das Wiedergutmachungsabkommen von Luxemburg durchgesetzt hatte. Es gab keine Stunde Null nach 1945, wie es einst Günther Grass behauptete. Erhebungen von Professor Alphons Silbermann in den Siebzigerjahren besagten, dass der antisemitische Bodensatz in der westdeutschen Öffent-

lichkeit rund 20 % betrug. Ich weiß, dass ich damit keinen beruhige, aber dieser Bodensatz ist bis heute konstant geblieben. Über öffentliche Reparationszahlungen und private Restitutionen (in Deutsch: Entschädigungen) hinaus entfachte die Bundesrepublik eine langfristige Neuerziehungskampagne durch

die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, um die Öffentlichkeit über Schoah, Antisemitismus, Judentum und Israel aufzuklären. Auf die einzelnen Lehrer oder Elternhäuser war nicht immer Verlass. Tabuthemen über persönliches Verhalten während der Nazizeit haben 1968 mitunter zum Bruch zwischen den Generationen der Eltern und ihrer Kinder geführt. Die amerikanische Fernsehserie »Holocaust«, die 1978–79 erstmalig ausgestrahlt wurde, hat zu einer neuen historischen Sensibilisierung beigetragen. Die Tabuthemen wurden nun in die häuslichen Gemächer von unendlich vielen deutschen Familien hineingeführt. Die Bundesrepublik hatte aus der Vergangenheit gelernt und entsagte jeglicher Gewaltanwendung als Mittel der Politik. »Nie wieder Krieg« hieß die Losung der Deutschen, die die historische Lehre aus dem Dritten Reich gezogen hatten. »Nie wieder Opfer sein« war die Losung der Juden in Israel, die sie aus dem Trauma der Schoah gezogen hatten. Damit entstand ein politisches Dilemma: Wie kann man für Israels Existenz in seiner ständigen Bedrohungssituation eintreten und dennoch von Gewalt Abstand halten? Zugegeben, das internationale Profil Deutschlands nach der Wiedervereinigung, die Erlangung der vollen Souveränität im Jahre 1994 und der Sinneswandel nach dem 11. September 2001 haben dieses Dilemma um einiges entschärft. Hinsichtlich der historischen Verpflichtung gegenüber Israel

gab es jedoch oft eine Kluft zwischen der Bundesregierung und der veröffentlichten Meinung. In der Mitte der Sechzigerjahre musste die Bundesregierung und insbesondere das Auswärtige Amt dem Druck der Öffentlichkeit weichen und die ausgebliebenen Schritte für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Israel einleiten. Heute scheint mir die Bundesregierung unbeirrt treu zu Israel zu bleiben – trotz antiisraelischer Stimmungsmache in der Öffentlichkeit.

Jüdisches Leben in der DDR nach 1949 und vor dem Umbruch 1989

Das Bild der jüdischen Präsenz in der DDR war extrem unterschiedlich. Dort fand eine offizielle Entmündigung der Juden von der Rolle des Opfers statt. Kommunistische Überlebende erhielten eine höhere Opferrente als jüdische Überlebende. Es hieß niederträchtig, dass die Kommunisten den Faschismus bekämpft hätten, während sich die Juden ihrem Schicksal kampflos ergaben. Die DDR sah sich zu keiner Zeit als rechtlicher Nachfolger des Deutschen Reiches. Sie gebärdete sich selbst als Opfer des Nazionalsozialismus oder Faschismus, wie es in der sowjetischen Sprachregelung hieß. Wer sich selbst als Opfer empfindet, hat keine Empathie gegenüber anderen Opfern. Aber hier reicht es nicht, auf eine psychologische

Erklärung zurückzugreifen. Die marxistische Lehre räumte nie mit antisemitischen Stereotypen auf. Sie war durchgesetzt damit. Marx selbst schrieb: »Die Judenemanzipation ist letztlich die Emanzipation der Menschheit vom Judentum.« Marx hatte stets den Popanz des sogenannten Finanzjudentums vor Augen. In eine klassenlose Gesellschaft passten die Juden als ein Volk oder eine Nation nicht hinein. Deswegen waren sie den Marxisten seit der russischen Revolution 1917 ein Dorn im Auge. Stalin musste ihnen eine Scheinautonomie geben, aber weit weg in Birobidschan. Juden wurden in der DDR diskriminiert und nicht nur in der spätstalinistischen Ära zur Zeit der Schauprozesse. Sollten sie es gewagt haben, sich solidarisch mit dem Staat Israel zu zeigen, so wurden sie halbwegs als Hochverräter verdächtigt. Die jüdischen Gemeinden hatten es besonders schwer, sich zu artikulieren, während Israel in den Nahostkriegen 1967 und 1973 um seine Existenz kämpfte. Die DDR war operativ involviert und hatte die arabischen Kontrahenten mit Waffen beliefert. Juden konnten ihre Religion im Rahmen der Gemeinden lediglich unter Stasi-Observation ausüben, um sich ja nicht zionistisch zu betätigen. Aber am Pessachgebet »Nächstes Jahr im gebauten Jerusalem« konnte noch nicht einmal die Stasi etwas ändern.

Die Wiedervereinigung aus israelischer Sicht

Juden in der Diaspora wie auch in Israel sahen die Teilung Deutschlands nach 1945 als eine gerechte Strafe für die Naziverbrechen. Eine Wiedervereinigung rief regelrechte existenzielle Ängste bei manchen Juden hervor, darunter auch beim damaligen Premier Yitzchak Schamir. Zweimal hatte er öffentlich Ende 1989 von dem Potenzial der Rückfälligkeit eines geeinten Deutschlands gesprochen. Die Angst vor der Schlusstrich-Mentalität ging um. Auch manche Nachbarn Deutschlands einschließlich Mitterand und Thatcher konnten ihr Misstrauen nicht verbergen. Unser Botschafter in Bonn, Benni Navon, wurde von Kohl in einem persönlichen Gespräch deswegen gerügt. Man sollte nicht vergessen, dass unsere besten Freunde im konservativen Lager waren – und es waren diejenigen, die in der Bundesrepublik die Wiedervereinigung am meisten vorantrieben. Der Deutsche Botschafter in Israel, Wilhelm Haas, sagte mir in Bezug auf Schamirs Äußerungen, dass die Geschichte kein Gerichtshof sei. Ich habe es zwar ungerne gehört, aber eigentlich hatte er recht. Wir waren in Jerusalem um eine Deeskalation bemüht. Außenminister Moshe Arens entschied sich für eine pragmatische Richtlinie, derzufolge wir nicht glücklich sein können über das Ende der Teilung. Wenn aber die Vereinigung schon unvermeidlich erschien, so sollten wir das

Beste daraus machen. Ich sah die Wiedervereinigung mit einem lachenden und einen weinenden Auge. Lachend, weil wir Abschied nahmen von einem Staat, der uns feindselig gesinnt war. Weinend, weil die Vereinigung die Nachkriegszeit beendet hatte und die Schlusstrich-Mentalität beschleunigen konnte. Als Außenminister David Levy beschloss, eine israelische Vertretung in Berlin zu eröffnen, war noch nicht klar, welchen Status sie genießen sollte. Wir dachten zunächst an eine Außenstelle der Botschaft in Bonn. Aus dem Auswärtigen Amt hieß es aber, dass wir keinen Zugriff auf diesen Status hätten, da Israel zu keiner Zeit in der DDR diplomatisch vertreten war. Den Status einer Außenstelle bekamen nur die Botschaften, die bei der ehemaligen DDR akkreditiert waren. Levy meinte, dass wir, wenn wir nur konsularisch vertreten sein könnten, dies mit anspruchsvollem Profil machen und die Vertretung gleich zu einem Generalkonsulat erheben sollten. Mir war es recht, denn ich wurde mittlerweile als Generalkonsul in Berlin nominiert, wobei meine Zuständigkeit auch für die fünf neuen Bundesländer galt.

Eine neue Gedenkkultur mitgestalten

Nach der Eröffnung des Generalkonsulats in der Schinkelstraße ergab sich ein nie zuvor erahnter Bedarf, die NS-Vergangenheit in den neuen Bundesländern

aufzuarbeiten. Sie existierte nur nach sowjetisch-marxistischer Lesart. Als Vertreter Israels nahm ich mir vor, an der Neugestaltung der Gedenkkultur aktiv teilzunehmen. Mein erster Schritt bestand darin, mich in einem Interview in der noch aus der DDR-Zeit etablierten »Deutschen Lehrerzeitung« als Anlaufstelle für Geschichtslehrer in der für sie fälligen Fortbildung zu empfehlen. Diese Initiative hatte zur Folge, dass mein junger Kollege Tibi Schlosser und ich unzählige Lehrerseminare veranstalteten, in denen wir Informationen über den Staat Israel, den Zionismus und die Schoah vermittelten. Diese Veranstaltungen wurden dankbar aufgenommen, da sich die meisten Lehrer in einer Phase der Umschulung befanden. Wir hatten uns auch um Lehrerseminare in Israel für Lehrer aus der ehemaligen DDR bemüht. Diese wurden von den Schulministerien in den jeweiligen Ländern jährlich finanziert. Als pädagogische Partner hatten wir das israelische Erziehungsministerium und das pädagogische Zentrum von Yad Vashem gewinnen können. Es hatte sich mittlerweile auch im Westen herumgesprochen, sodass sich alte Bundesländer ebenfalls an das Programm der Lehrerseminare anschlossen. Von Nordrhein-Westfalen werden bis heute noch Lehrer zu Yad Vashem-Seminaren geschickt. Angesichts des schwelenden Antisemitismus und Rechtsradikalismus in der ehemaligen DDR sind erschreckende Defizite

sichtbar geworden, die man als Ausländerfeindlichkeit verallgemeinert hat. Eigentlich musste die betroffene DDR-Öffentlichkeit erst davon überzeugt werden, dass die einst von oben verschriebene »antifaschistische« Gesinnung ihr keine Immunität gegenüber Antisemitismus verschafft hat. Diese Gesinnung teilten sie ganz nebenbei mit der ursprünglichen 68-er-Linken in Westdeutschland. Westdeutsche hatten es damals schwer, dies den Ostdeutschen verständlich zu machen. Bei den meisten fehlte die Sensibilisierung dazu. Es gab damals, in den Anfängen der Neunzigerjahre, die Goldgräberstimmung eines »Wilden Ostens«, in dem viele Westdeutsche eine zweite Chance für ihre Karriere erblickten. Aus diesem Grund hatte es sich als Vorteil erwiesen, den Ostdeutschen gegenüber nicht als Deutsche aus dem Westen, sondern als Juden aus Israel aufzutreten. Praktisch gesehen, musste man sich kritisch mit den von der DDR errichteten NS-Gedächtnisstätten auseinandersetzen. Um die damaligen Schwierigkeiten bei der Neugestaltung der KZ-Gedenkstätten zu verdeutlichen, bringe ich zwei Beispiele, die ich hautnah miterlebt hatte. Wer die frühere Gedenkstätte Buchenwald gekannt hat, weiß, dass dort die DDR sich selbst ein Denkmal als »antifaschistisches« Opfer gesetzt hatte. Es war klar, dass bei jeder Neugestaltung in Buchenwald das von Kommunisten dominierte Internationale Buchenwaldkomitee, das

die DDR überlebt hatte, als Widersacher auftreten würde. Die damalige CDU-Regierung Thüringens konnte sich gegen diese verbissenen »Betonköpfe«, die Buchenwald als letzte Festung ihrer kommunistischen Gesinnung in ihrem Rückzugsgefecht verteidigen wollten, beim besten Willen nicht durchsetzen. Ich habe führende Vertreter dieses Komitees gebeten, die alljährliche Feier der Befreiung nicht am Schabbat anzusetzen, um die Teilnahme eines offiziellen Vertreters Israels zu ermöglichen. Sie dachten gar nicht daran, diesem Wunsch zu entsprechen. Einige Mitglieder dieses Komitees hatten einen direkten Draht zu Mitterand gehabt und auch gedroht, sich dort über mich zu beschweren. Ein israelischer Generalkonsul brauchte aber wenig auf diese DDR-Relikte Rücksicht zu nehmen, zumal dieses Komitee aus ideologischen Gründen die Rubrik der Juden als Opfergruppe sui generis bewusst unterschlagen hat. Am Ende konnten wir 1994 erstmalig ein jüdisches Mahnmal in Buchenwald einweihen. In Dora-Mittelbau sah ich bei meinem ersten Besuch einen Gedenkstein für die arabische Nation. So tief ging der Bückling der DDR, als es galt, sich lieb Kind gegenüber den Feinden des zionistischen Israel zu machen. Auf meine Frage hin antwortete die Verantwortliche, dass im Arbeitslager zwei marokkanische Kriegsgefangene im Lager verstorben seien. Ich mochte ihrem Gedenken nicht nahetreten, aber

ich empfand es als schieren Hohn, wie man das Gedenken der Abertausenden jüdischen Arbeitssklaven, die in Dora-Mittelbau verendeten, einfach unterschlagen konnte. Meine Anmahnung, baldigst einen Gedenkstein für die jüdischen Opfer aufzustellen und den arabischen zu entfernen, verband ich mit dem Versprechen, nach drei Monaten wieder zu kommen. Ich sah dann einen den Juden gewidmeten Gedenkstein neben den für die Araber stehen. Aller Anfang ist schwer. Ich kann mich entsinnen, dass ich mich Anfang der Neunzigerjahre ziemlich skeptisch über die Idee einer zentralen Gedenkstätte für jüdische Opfer der Nazis in der sogenannten Gedenkmeile Berlins geäußert habe. Heute scheinen meine damaligen Befürchtungen unbegründet gewesen zu sein. Die Zentralität einer nationalen Gedenkstätte hat den regionalen historischen Gedenkstätten nicht im Geringsten geschadet. Sie konnte die Gedenkkultur nur bereichern.

Mit der Wiedervereinigung war es notwendig und möglich geworden, im Rahmen der universitären Umstrukturierung erstmals einen eigenen Studiengang »jüdische Studien« einzuführen und das Thema aus seinem bisherigen Schattendasein in den Theologischen Fakultäten loszulösen. Diese Bemühungen fruchteten dank der Zusammenarbeit mit Landesregierungen sowohl in Sachsen wie auch in Sachsen-Anhalt. In Sachsen wurde



in Leipzig das Simon-Dubnov-Institut für jüdische Geschichte und Kultur e.V. an der Universität Leipzig errichtet.

In Sachsen-Anhalt wurde in Halle ein von der Theologischen Fakultät getrenntes Seminar für Judaistik/Jüdische Studien gegründet. In Brandenburg wurden in der Universität Potsdam zwei Gründungen durchgesetzt, bevor wir nach Berlin kamen: das Institut für Jüdische Studien und das Moses Mendelssohn Zentrum für Europäisch-Jüdische Studien e.V. Das Abraham Geiger Kolleg – Rabbiner-Seminar der progressiven Bewegung – wurde erst nach meiner Zeit gegründet.

Umbruch in der jüdischen Präsenz: Die demografische Wende in den jüdischen Gemeinden

Eine unmittelbare Konsequenz der politischen Umwälzungen im ehemaligen kommunistischen Osteuropa war die neu gewonnene persönliche Bewegungsfreiheit. Die wirtschaftliche Umorientierung zur Marktwirtschaft tat ihr Übriges, um an die Tore des Wirtschaftswunderlandes anzuklopfen. Die russischen Juden wanderten in zwei Wellen aus der ehemaligen Sowjetunion. Die erste war in den Siebzigerjahren und wurde gekennzeichnet von vielen Dissidenten wie z. B. Nathan

Sharanski und Ida Nudel, die nach Israel einwanderten. Eine weit größere Auswanderungswelle aus Russland strömte in den Neunzigerjahren. Sie war nicht ideologisch verursacht. Vornehmliches Ziel der Emigranten war es, das westliche Paradies – die USA – zu erreichen. Die limitierte Einwanderungsquote jenseits des großen Teiches brachte diese Auswanderer zum nächstbesten Ziel – nach Israel. Der jüdische Staat sieht sich als Heimstätte aller Juden und bot ihnen ein automatisches Einbürgerungsrecht an. Eine Million russischer Juden bzw. eingetragene Nichtjuden wurden somit in Israel mit viel Aufwand und offenen Armen aufgenommen.



Währenddessen litten die jüdischen Gemeinden in Deutschland an Überalterung. Ende 1990 gab es laut Zentralwohlfahrtstelle der Juden in ganz Deutschland 29.000 Juden, einschließlich etwa 400 in der ehemaligen DDR. Heute beträgt ihre Gesamtzahl etwa 103.000. Es handelt sich um eine Verdreifachung in 20 Jahren. Eine dramatische Entwicklung, die nicht nur das Russische als Umgangssprache in den Gemeinden einführte.

Ich kann mich noch an Gespräche mit dem legendären Vorsitzenden der Gemeinde in Berlin, Heinz Galinski, erinnern, der mir 1991 beteuerte, dass der

Zentralrat der Juden in Deutschland keine jüdische Einwanderung aus Russland fördern wird. »Wenn sie aber an unsere Türen klopfen, können wir sie als Juden nicht abweisen«, so waren seine Worte. Ich war nicht in der Lage, gegen die neu gewonnene Bewegungsfreiheit zu protestieren, wollte aber verhindern, dass der Zentralrat, wie auch deutsche Regierungsstellen, Anwerbungspolitik betreibt. Ich erinnerte daran, dass Juden, wo immer auf der Welt, nicht mehr als heimatlose Flüchtlinge definiert werden sollten, seit 1948 Israel für sie gegründet worden war. Das ist die Essenz der zionistischen Idee. Wir können frei-

lich dieses Heimatrecht nicht erzwingen. Es steht Juden frei, ob sie von Israels Angebot Gebrauch machen wollen. Damit wollte ich erreichen, dass man das zionistische Selbstverständnis Israels respektiert. Bis heute steht in allen Einreisebestimmungen, die ab 1994 mehrmals von der IMK aktualisiert wurden, dass Zureisende »zuvor nicht bereits in einen Drittstaat übergesiedelt sein« dürfen.

Mir war klar, dass Juden in Deutschland damals aufgehört hatten, auf Koffern zu sitzen. Die meisten haben mittlerweile deutsche Staatsbürgerschaft beantragt,

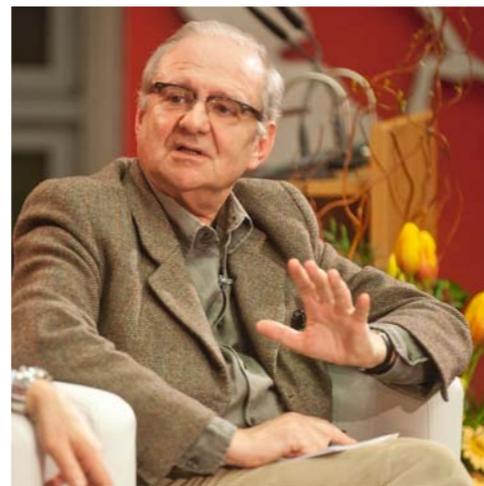
nur die wenigsten blieben mit DP-Ausweis (displaced persons) in der Hand. In den Siebzigern konnte man registrieren, wie Juden begannen, sich freiwillig in die Bundeswehr zu melden und sich auch als Diplomatenanwärter des Auswärtigen Amtes zu bewerben. Der Zentralrat und die Bundesregierung zogen am selben Strang. Beide Seiten verständigten sich anfangs der Neunzigerjahre über ein vereinfachtes Verfahren. Konsularbeamte in deutschen Vertretungen in Russland konnten beim Vorlegen eines rabbinischen Bestätigungszertifikats, dass man dem Judentum zugehörig sei, ein Einreisevisum erteilen. Dieses Schnellverfahren hatte drei Konsequenzen: Erstens: Ein Zertifikat erreichte horrenden Preise auf dem freien Markt in Russland. Zweitens: Viele Russen machten nach ihrer Ankunft einen großen Bogen um die nächstgelegene jüdische Gemeinde – und sie wussten auch, warum. Laut Zentralrat reisten bis Ende 2004 etwa 220.000 Kontingentflüchtlinge nach Deutschland ein. Etwa die Hälfte von ihnen ist in den 108 jüdischen Gemeinden aufgenommen worden. Drittens: Die jüdischen Gemeinden in Deutschland transformierten sich von Wohlstands- zu Wohlfahrtsgemeinden. Daraus wurden Lehren gezogen. Entsprechend der neuen Regelung vom 1. Juli 2006 kann der Zentralrat prüfen, ob der Antragsteller Jude ist. Seit 2007 registriert die Statistik jährlich wieder mehr Abgänge als Zugänge, nachdem 17 Jahre lang Zuwachs-

raten verzeichnet wurden. Das demografische Bild setzte neue geografische Akzente. Es gibt heute acht Gemeinden mit mehr als 3.000 Mitgliedern. Knapp die Hälfte aller Juden lebt in diesen acht großstädtischen Gemeinden (50.000). Die Zuwandererwelle brachte vor allem Zufuhr für kleinere Gemeinden und führte auch zu Neugründungen in Orten, die seit 1945 keine jüdischen Gemeinden mehr hatten. Von den 108 Gemeinden sind 32 neu gegründet worden. Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Westfalen waren besonders aktiv darin. Die Verteilungspolitik richtete sich unter anderem nach dem Aufnahmevermögen der Bundesländer. Objektiv gab es in Sachsen einen zehnfachen Anstieg an Zuwanderern, der aber von existierenden Gemeinden absorbiert wurde. Ebenso war es in Thüringen, wo die Gemeinde Erfurt gleichzeitig auch den Landesverband bildet. Brandenburg ist von vielen kleinen Neugründungen auf dem Lande gekennzeichnet. Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern konzentrierten sich auf die größeren Städte.

Ein uralter Witz besagt, dass jeder Jude zwei Synagogen hat. Eine, in der er betet, und eine, die er nie betritt. Das Plädoyer für die Vielfalt ist konstitutiv im Judentum. Die Entwicklung der Gemeinden nach 1989 deutet auf eine neue Tendenz. Man toleriert oder man ist verfassungsrechtlich gezwungen, mehr als eine

religiöse Strömung zu gewähren. Damit begannen sich auch liberale bzw. reformierte Gemeinden zu etablieren. Die nach 1945 entstandenen Einheitsgemeinden halten noch durch. Bislang konnten sie die verschiedenen Strömungen unter einem Dach halten. Der Zentralrat vertritt alle Strömungen gegenüber der Bundesregierung, die ansonsten endlos separate Staatsverträge aushandeln müsste.

Die demografische Wende hat die jüdische Präsenz in Deutschland abgesichert. Sie hat das Ansehen Deutschlands gesteigert. Sie ist allgemein akzeptiert in der jüdischen Welt, was früher nicht der Fall war. Sie leidet heute zwar wieder an Stagnation und Überalterung, aber diesmal auf einem höheren Niveau. Inzwischen ist eine kritische Masse entstanden, die die jüdische Präsenz auf absehbare Zeit garantiert.



Vorstellung der Teilnehmer an der Podiumsdiskussion



Heinz-Joachim Aris

Seit seiner Geburt am 7. Mai 1934 ist Heinz-Joachim Aris Mitglied der Jüdischen Gemeinde zu Dresden. Während der Zeit des Nationalsozialismus war er verfolgt; er war Sternträger.

Später absolvierte er ein Studium der Wirtschaftswissenschaften, welches er als Diplomwirtschaftler abschloss. Zwischen 1959 und 1991 war er vorwiegend in Leitungsfunktionen im Druck- und Elektromaschinenbau tätig. Als Geschäftsführer der Jüdischen Gemeinde zu Dresden war er von 1992 bis 2012 tätig.

Aris ist Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden sowie Mitglied des Direktoriums und Präsidiums des Zentralrats der Juden in Deutschland. Außerdem ist er Mitglied des Rundfunkrats des Mitteldeutschen Rundfunks sowie mehrerer Stiftungsgremien.



Mordechai Lewy

Mordechai Lewy wurde am 15. Mai 1948 in Tiberias, Israel, geboren. Nachdem er 1958 mit seiner Familie für fünf Jahre nach Deutschland gezogen war, wo sein Vater am Jüdischen Krankenhaus in Berlin arbeitete, kehrte die Familie Lewy 1963 zunächst nach Israel zurück.

1966 schloss er die Schule ab, absolvierte im Anschluss bis 1969 den Militärdienst bei den israelischen Streitkräften und studierte dann für sechs Jahre Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem.

Von 1976 an war er tätig im diplomatischen Dienst des israelischen Außenministeriums und kam in diesem Zug von 1976 bis 1981 nach Bonn an die israelische Botschaft. Von 1985 bis 1989 war er Erster Sekretär, später Botschaftsrat an der israelischen Botschaft in Stockholm, 1991 bis 1994 Generalkonsul in Berlin. Ab 1994 wurde er israelischer Botschafter in Thailand und gleichzeitig nichtresidierender Botschafter für Kambodscha.

In New York City gehörte er der israelischen Delegation bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen an. Von 2000 bis 2004 kam Lewy nach Deutschland zurück an die israelische Botschaft in Berlin. Sein letzter Dienstposten führte ihn 2008 bis 2012 als Botschafter Israels beim Heiligen Stuhl in den Vatikan.



Dr. Matthias Rößler

Dr. Matthias Rößler wurde am 14. Januar 1955 in Dresden geboren.

Der promovierte Ingenieur kam durch die Friedliche Revolution in die Politik. Als Mitglied der Partei »Demokratischer Aufbruch« wirkte er 1989/90 am Runden Tisch und im Koordinierungsausschuss zur Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen mit. Er gehört seit 1990 für die CDU dem Sächsischen Landtag an und war von 1994 bis 2002 Kultusminister und anschließend von 2002 bis 2004 Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. Seit 2009 ist er Präsident des Sächsischen Landtags.

Er ist Herausgeber des Sammelbandes »Einigkeit und Recht und Freiheit – Deutscher Patriotismus in Europa« und einer Reihe von Veröffentlichungen insbesondere zur Friedlichen Revolution und zur Bilanz der Deutschen Einheit.



Alexandra Gerlach

Alexandra Gerlach wurde 1963 als Tochter eines Berufssoldaten der Bundeswehr in Kassel geboren. Der Beruf des Vaters brachte viele Ortswechsel mit sich, unter anderem auch einen Umzug nach Israel, wo sie in den Jahren zwischen 1976 und 1979 eine schottische Schule besuchte.

Nach dem Abitur 1982 nahm sie ein Studium der Politischen Wissenschaften, des Öffentlichen Rechts und der Kunstgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn auf. Nach dem Wechsel an die Münchener Ludwig-Maximilians-Universität im Jahr 1994 kam das Fach Amerikanische Kulturgeschichte hinzu. Abgeschlossen wurde das Magister-Studium mit einer Arbeit über die »Verfassungsgrundlagen des Staates Israel«.

Alexandra Gerlach volontierte ab Mitte 1989 beim Bayerischen Rundfunk (BR). 1991 arbeitete sie als Jungredakteurin in der Innenpolitik/Hörfunk, dann 1992 bis 1995 als Parlamentskorrespondentin für den BR in Bonn. Danach Wechsel zum MDR-Fernsehen. Moderatorin und Redakteurin im Studio bei der Hauptnachrichten-Sendung MDR aktuell. Daneben moderierte sie diverse anderer Formate. Von 1996 bis 2002 Moderation von Themenabenden bei Arte. Zuletzt war sie von 2002 bis 2010 als Landeskorrespondentin für Deutschlandradio Kultur und Deutschlandfunk in Sachsen tätig. Seit 2011 ist sie freie Journalistin und Moderatorin.



Yakov Hadas-Handelsman

Nach seinem Studium der internationalen Beziehungen und Nahoststudien an der Universität Tel Aviv und der Hebräischen Universität Jerusalem absolvierte der 1957 in Tel Aviv geborene Yakov Hadas-Handelsman einen achtjährigen Militärdienst bei den israelischen Streitkräften.

1983 beginnt er seine Laufbahn im auswärtigen Dienst. So ist er zwischen 2003 und 2006 Botschafter Israels in Jordanien.

Im Laufe seines diplomatischen Dienstes war er Leiter der israelischen Handelsvertretung in Doha in Katar und hatte außerdem diplomatische Posten inne im Vereinigten Königreich, in Österreich und der Türkei. Im israelischen Außenministerium arbeitete Hadas-Handelsman als stellvertretender Generaldirektor und Leiter der Abteilung Naher Osten und Friedensprozess.

Seit 2011 war er Botschafter Israels bei der EU und der NATO in Brüssel, bis zu Beginn des Jahres 2012 das israelische Außenministerium entschied, dass Hadas-Handelsman Botschafter Israels in der Bundesrepublik Deutschland wird.



Prof. Dr. Dan Diner

1946 in München geboren, studierte Dan Diner an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main und promovierte 1973 in Völkerrecht. 1980 folgte die Habilitation.

Von 1985 bis 1999 war Diner Inhaber des Lehrstuhls für Außereuropäische Geschichte an der Universität Essen und daneben ab 1987 Professor für Europäische Geschichte an der Universität Tel Aviv; dort war er von 1994 bis 1999 Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte.

Seit 1999 ist er Direktor des Simon-Dubnow-Instituts für Jüdische Geschichte und Kultur e. V. an der Universität Leipzig und Professor am Historischen Seminar der Universität. 1999 bis 2001 war Dan Diner zudem Professor an der Ben-Gurion-Universität in Be'er Scheva. Seit 2001 hat er zudem die Professur für Moderne europäische Zeitgeschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem inne. Er ist außerdem ordentliches Mitglied der philologisch-historischen Klasse der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig.



Alexandra Gerlach: Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zu unserer Podiumsdiskussion. Sie werden sich gleich fragen: Worüber reden wir jetzt? Es ist schon wunderbar erklärt worden, wie sich das in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik nach dem Krieg entwickelt hat, dann hier in der DDR. Wie war die Ausgangslage, wie hat sich das entwickelt nach der Wende?

Aber wir wollen jetzt eigentlich auch diskutieren über ein Wunder, ein Wunder in doppelter Hinsicht. Lange Zeit nach dem Krieg war es nämlich nicht vorstellbar, dass sich normales jüdisches Leben in Deutschland wieder würde entwickeln können. Ich sage »in doppeltem Sinne«, weil es sich zum einen im Westteil der Republik sehr schnell wieder etabliert hat und sich dann eben nach dem Umbruch in der DDR, der friedlichen Revolution, mit einem unglaublich rasanten Tempo, über das wir dann gleich noch sprechen werden, entfacht hat, dieses jüdische

Leben, und sich heute in Sachsen in drei sehr lebendigen, größeren jüdischen Gemeinden umsetzt.

In diesem Sinne möchte ich nach diesem kleinen Vorwort jetzt gern meine Gäste auf das Podium bitten. Zuerst natürlich Sie, Herr Botschafter. Yakov Hadas-Handelsman – er ist ja vorhin schon vom Landtagspräsidenten vorgestellt worden. Bitte nehmen Sie Platz.

Dann darf ich als Nächsten Herrn Prof. Dr. Dan Diner bitten. Er ist der Direktor des Simon-Dubnow-Institutes für jüdische Geschichte und Kultur e. V. an der Universität Leipzig. Ich sage das jetzt nur noch einmal zur Vervollkommnung des Ganzen.

Dann möchte ich gern Heinz-Joachim Aris zu mir bitten. Er ist Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden und zudem ein ganz wichtiger Zeitzeuge. Dazu kommen wir aber gleich.

Dann darf ich zu mir bitten Mordechai Lewy, den Botschafter a. D. Und dann natürlich unseren Landtagspräsidenten.

So, herzlich willkommen! Jetzt sind wir komplett.

Ich würde gleich von Ihnen, Herr Botschafter, gern wissen wollen: Sie wohnen ja nun in Berlin – wie ist das denn eigentlich mit dem jüdischen Leben in Berlin? Was kriegen Sie davon so mit?

Yakov Hadas-Handelsman: Ich war sehr überrascht. Ich war bereits vor meinem Amtsantritt mehrfach in Berlin gewesen; allerdings immer in beruflichem Kontext, weswegen ich weder Zeit für Sightseeing noch die Gelegenheit hatte, Menschen in Berlin kennenzulernen. Kennengelernt habe ich vorher lediglich das Auswärtige Amt, das Bundeskanzleramt, andere Ministerien und den Flughafen. Mein jetziger Aufenthalt in Berlin hat mich nun sehr überrascht. Überrascht bezüglich der Berührungspunkte mit der Ver-

gangenheit und der Gegenwart. Über die Vergangenheit, über wichtige jüdische Geschichte, die in Berlin stattgefunden hat, hatte ich theoretisch natürlich viel gelernt. Aber es ist ein großer Unterschied zwischen dem, was man lernt, und dem, was man persönlich erlebt oder erfährt.

Ein kleines Beispiel: die Oranienburger Straße in Berlin-Mitte. In einem Radius von 500 Meter finden sich Stationen jüdischer Geschichte der letzten 250 Jahre. An der Westseite die Neue Synagoge, die das Symbol jüdischer Reformbewegung im 19. Jahrhundert war. Bis heute sind beispielsweise die meisten Juden in den Vereinigten Staaten Reformisten und nicht orthodox. An der anderen Seite finden sich die Hackeschen Höfe, das Scheunenviertel – das Herz der Orthodoxen. Dazwischen liegt die Große Hamburger Straße, in der sich neben dem jüdischen Friedhof das jüdische Altersheim befand, welches von der Gestapo als Sammellager für Depорта-

tionen missbraucht wurde. – Zur Erinnerung an die tragischen Geschehnisse blieben ein symbolisches Grabmal für Moses Mendelssohn sowie die zahlreichen Stolpersteine. Wenn man dort entlanggeht, fühlt man sich wie in einem Museum. Aber das ist die Realität, ein Zeugnis jener bedeutendsten Teile der jüdischen Geschichte, die sich hier in Berlin ereignet hat.

Nun zur Gegenwart: Es gibt heute zahlreiche Israelis und verschiedene jüdische Gemeinden in Berlin. Auf unterschiedlichen Schulen werden verschiedene Meinungen vertreten, es gibt verschiedene Orientierungen – vor allem aber gibt es wieder viel jüdisches Leben in Berlin. Es gibt kaum ein Konzert- oder Opernhaus, in dem kein Israeli oder keine Israelin engagiert ist, als Sänger, Dirigent, Musiker, etc. Überall gibt es diese Israelis, auch wenn sie nicht immer typische israelische Namen tragen. Ich spiele insofern auf die Zuwanderer vom Anfang der 90er-Jahre an, die aus der Sowjet-

union nach Israel ausgewandert sind, in Israel studiert haben und anschließend nach Deutschland kamen. Aber auch hier zeigt sich die Mischung aus Vergangenheit und Gegenwart. Wenn man durch Berlin geht – vor allem durch Berlin-Mitte, aber auch durch viele andere Teile dieser Stadt –, so erkennt man: Das jüdische Leben war einmal, aber es ist auch heute da.

Alexandra Gerlach: Prof. Dr. Dan Diner ist in Leipzig. Wie erleben Sie das dort?

Prof. Dr. Dan Diner: Abgesehen davon, dass Leipzig eine wunderbare Stadt ist – und das sage ich umso lieber, wenn ich in Dresden bin, dass dem so ist.

Alexandra Gerlach: Weil die Dresdner das so gerne hören, ...

Prof. Dr. Dan Diner: Ja, das mag sein – ich meine, es gibt ja den Gegensatz, der nicht neu ist, zwischen der Residenzstadt und der Bürgerstadt. Ich denke,



eine Stadt ist dann urban, wenn man in ihr flanieren kann. Und das kann man in Leipzig, im Unterschied etwa zu Berlin, das zwar eine Metropole, aber nicht zu begehen ist. Insofern denke ich, ist Leipzig schon etwas ganz Besonders. Aber das Besondere – nicht für mich als Person, als Dan Diner, sondern als Direktor des Simon-Dubnow-Institutes – ist, dass Leipzig für viele Juden und für am Judentum Interessierte so etwas wie eine Metropole der jüdischen Studien geworden ist. Dies spürt man vor allem, wenn man sich außerhalb der Bundesrepublik bewegt: im europäischen Ausland, in Israel, in den Vereinigten Staaten. Und das ist etwas Außerordentliches, Außergewöhnliches. Also einmal möchte ich die Gelegenheit auch nutzen, dem Freistaat dafür zu danken.

Wir haben ja auch vom Landtagspräsidenten und vom Herrn Botschafter Lewy von der Vorgeschichte gehört. Die Entstehungsgeschichte Mitte der 60er-Jahre, und dass dieses Institut gerade in

Leipzig etabliert wurde, hat auch etwas Besonderes, abgesehen davon, dass Leipzig ja eine der bedeutendsten jüdischen Städte in Deutschland gewesen ist, jetzt abgesehen vom Brühl, sondern auch angesichts der Bedeutung des jüdisch-hebräischen Schriftstellers Samuel Agnon, der sich in Leipzig ja länger aufgehalten hat. Es ist ja so etwas wie ein Zentrum gewesen, in dem sich osteuropäische und deutsche Juden begegnet sind in Deutschland, mehr als in Berlin oder in anderen Orten. Aber ich denke, das Entscheidende ist – und wir haben ja das Jahr 1989/90 im Auge und die Veränderungen, die damit einhergehen –, dass mit der Vereinigung und mit dem Ende des Kommunismus die Kulturen zumindest des alten Europa wieder entstanden sind. Das ist für Juden international so etwas wie ein Gedenkstättenraum, trotz der Zerstörung durch den Nationalsozialismus, sich in diesem mitteleuropäischen Kontext, vornehmlich im deutschen, aber nicht nur im deutschen Kontext zu bewegen.

Die Gründung dieser Einrichtung, nämlich des Simon-Dubnow-Institutes, wird, zumindest was die wissenschaftliche Community angeht, als ein Markstein angesehen.

Alexandra Gerlach: Aber jetzt sind Sie mir ein bisschen ausgebüxt. Ich wollte ja wissen, wie das so mit dem aktuellen jüdischen Leben in Leipzig aussieht. Hat sich das wieder etabliert, hat das eine gewisse Normalität bekommen?

Prof. Dr. Dan Diner: Sie haben völlig Recht. Ich bin in der Frage ausgebüxt, und wenn Sie mich jetzt sozusagen festnageln, bin ich natürlich gezwungen, mehr dazu zu sagen, und vielleicht auch Dinge, die in diesem Zusammenhang unter Umständen nicht erwartet werden.

Als ich die Leitung des Instituts im Jahre 1999 übernahm, habe ich sehr darauf geachtet, zwischen der wissenschaftlichen Arbeit und der Gedächtniskultur zu

unterscheiden. Das heißt, obwohl das Institut – nicht nur obwohl, sondern weil das Institut sich wissenschaftlich mit den jüdischen Lebenswelten in Mittel- und Ostmitteleuropa beschäftigt, achteten wir darauf, gerade zur jüdischen Gemeinschaft am Ort und der damit verbundenen Gedächtniskultur so etwas wie Distanz zu halten, um den Gegenstand der jüdischen Geschichte zu objektivieren und zu verwissenschaftlichen. Insofern gibt es, würde ich sagen, keine Spannungen, aber doch so etwas wie eine Grenze zwischen der Verwissenschaftlichung des Gegenstandes und der großen Bedeutung – das sehen wir auch hier am heutigen Abend –, die das jüdische Thema im öffentlichen Bewusstsein in Deutschland hat. Letztendlich berühren sich natürlich diese beiden Momente, aber ich denke, dass dies auch zum Selbstverständnis gehört, mit der Etablierung des Instituts dort Wissenschaft zu betreiben und weniger, sich dem öffentlichen Gedächtnis zu öffnen.

Alexandra Gerlach: Gut, jetzt versuche ich es einmal bei Herrn Aris. Sie sehen, ich habe noch Lösungen hier im Ärmel. Herr Aris, hier forschen wir ja jetzt nicht so viel in Dresden, wie das in Leipzig passiert, wie wir gerade eben gehört haben. Sie haben sehr heftiges jüdisches Leben in Ihrer Gemeinde und haben eine neue Synagoge, ein neues Gemeindezentrum. Sie haben sozusagen hier vor zehn Jahren alle Voraussetzungen bekommen, um aktiv wieder eine Gemeinde aufzubauen, die nur noch sehr, sehr klein war und eigentlich auch, wie wir schon gehört haben, überaltert. Es gab kaum Zuzüge, es hat sich nicht mehr so sehr viel bewegt. Sie war immerhin erhalten, aber mehr auch nicht. So haben Sie mir das einmal in einem Gespräch geschildert, wo wir heute festgestellt haben, dass das schon 16 Jahre zurückliegt. Das hat uns beide gleichermaßen erschreckt. Aber es gibt uns jetzt die Chance, einmal zu schauen, was daraus geworden ist.

Wie würden Sie denn also das jüdische Leben in Dresden beschreiben?

Heinz-Joachim Aris: Das jüdische Leben in Dresden möchte ich zwar anlehnend an Ihre Bemerkung als heftig, aber nur im positiven Sinne als heftig bezeichnen. Gesichert waren die Gemeinden; das galt ja für alle ostdeutschen Gemeinden gleichermaßen. Dresden war immer noch herausgehoben, auch durch einige Institutionen, die zentral im Rahmen der DDR in Dresden lagen, aber mit 61 Mitgliedern war natürlich das Leben auf ein Minimum an religiöser Tätigkeit beschränkt, die jedoch die damals noch lebenden Mitglieder mit großem Enthusiasmus durchgeführt haben. Ich muss immer wieder sagen, und ich entlehne das meinem verehrten Nachbarn zur Linken, der das einmal in einem Vortrag Anfang der 60er-Jahre sagte: Man fühlte sich in sehr starkem Maße als Schicksalsgemeinschaft. Das hat sich alles etwas verändert. Aber wir können natürlich sagen, die Gemeinden wären eindeutig



ausgestorben. Ich meine, nach dem Holocaust, nach der Schoah, war ich eines der jüngsten Mitglieder der Gemeinde, heute steuere ich scharf auf die 80 zu. Wäre also die Zuwanderung mit Beginn der 90er-Jahre nicht gekommen, hätten die Gemeinden einen Kollaps erlebt, von dem sie sich nicht wieder erholt hätten.

Die Zuwanderung hat unwahrscheinliches Leben in die Gemeinden gebracht, hat – natürlich rein durch die Quantität – die Religion wiederbelebt, aber vor allem auch die Kultur. Mit dem Wieder-in-die-Mitte-der-Gesellschaft-Treten sind die drei jüdischen Gemeinden – und ich kann hier auch als Landesverbandsvorsitzender sprechen – mitten in der Gesellschaft angekommen, sind Anlaufpunkt der Gesellschaft, bieten von sich heraus ein umfangreiches kulturelles, kulturell-religiöses Programm und haben einen unwahrscheinlichen Zuwachs. Wenn ich allein – in Dresden kann ich es am besten beurteilen – den seit zehn

Jahren ungebrochenen Zustrom nichtjüdischer Besucher in der Synagoge betrachte. Also die jüdischen Gemeinden werden einfach in der Mitte der Gesellschaft als existent und kulturell interessant wieder wahrgenommen. Dazu geben sie sich aber auch sehr große Mühe durch alle in den Gemeinden verankerten Mitglieder, ob jung oder alt.

Alexandra Gerlach: Zu den Problemen, die diese Expansion auch mit sich gebracht hat, kommen wir gleich. Zunächst noch einmal eine Frage an Mordechai Lewy: Sie haben ja die aktuellen Zahlen vorhin gehört: 103.000 jüdische Mitglieder leben heute hier in der Bundesrepublik. Man kann sagen, eine Verdreifachung der Zahlen ist das seit nach dem Krieg. Für mich stellt sich die Frage: Kann man eigentlich bereits von einer Renaissance des jüdischen Lebens in Deutschland sprechen?

Mordechai Lewy: Objektiv gesprochen, kann man von einer beginnenden Blüte

sprechen. Das ist keine Renaissance. Wir müssen uns noch mit Vorgaben auseinandersetzen aus Stereotypen, die nach 1945 geschaffen worden sind, ob überhaupt jüdisches Leben wieder möglich bzw. wünschenswert ist. Das ist ja die Frage, die sehr viele beschäftigt hat. Ich glaube, die ist in den letzten 20 Jahren auch beantwortet worden. Also diesen Teil der Frage kann man offensichtlich bejahen. Kein ernst zu nehmender Mensch würde dies heute bezweifeln wollen.

Wie das jetzt gestaltet werden kann oder nicht, ist eine andere Frage. Ich muss aber betonen, dass gerade die offiziellen Stellen diese unbedingte Präsenz zeigen wollen, dass jüdisches Leben im Nachkriegsdeutschland möglich ist, was sich ja in der Bundesrepublik Deutschland, in Westdeutschland, schon seit Jahrzehnten gezeigt hat. Das ist auch auf Ostdeutschland übertragen worden. Mit den Zuwendungen, mit den Anstrengungen, die gemacht wurden,

mit den Schwierigkeiten, die man auf sich genommen hat: Es ist politisch korrekt, so zu handeln. Das ist, glaube ich, eine Bereicherung, und das ist auch eine Präsenz sondergleichen in Dresden in der Synagoge, aber nicht nur dort. Das sind so Meilensteine, die die jüdische Präsenz zementieren; die Musik ist ein zweites; die jüdischen Studien, wie sie Zulauf haben an verschiedenen Universitäten, sind ein drittes. Ich glaube, da kann man schon einiges registrieren. Es geht in diese Richtung.

Alexandra Gerlach: Schauen wir noch einmal kurz zurück: Matthias Röbler, wie haben Sie denn eigentlich jüdische Gemeinden zu DDR-Zeiten erlebt? Was haben Sie davon überhaupt mitbekommen?

Dr. Matthias Röbler: Ich habe vor 1990 noch nie einen Juden persönlich getroffen oder kennengelernt. Wir haben ganz viel gemacht – ich habe das vorhin berichtet – Begegnung mit dem Judentum:

Pfarrer Reimann in der Annenkirche, wir haben diskutiert. Lion Feuchtwanger, Flavius Josephus' »Geschichte des Jüdischen Krieges«, Saul Bellow – alles, was es so gab, die Biografie von Golda Meir – darüber habe ich mich informiert, mich auch sehr dafür interessiert, viele andere von uns auch, gerade in dieser christlichen Friedensbewegung waren wir sehr interessiert. Der erste, den ich dann so bewusst wahrgenommen habe, war Herr Aris, dann auch andere.

Vielleicht war es auch so, dass man sich nicht zu erkennen gegeben hat. Auch bei unseren Begegnungen mit dem Judentum, der jüdischen Gemeinde habe ich nie jemanden persönlich kennengelernt. Das kam dann eigentlich alles nach 1990. Wir haben ja einiges darüber berichtet. Vor allem, als ich dann Kultusminister war, haben wir ganz eng mit den jüdischen Gemeinden zusammengearbeitet. Auch – das muss ich sagen – mit Mordechai Lewy. Ich erinnere mich an unser Lehreraus-

tauschprogramm. Ich bin dann selber nach Yad Vashem gefahren, habe direkt Kontakt aufgenommen mit dem Leiter von Yad Vashem. Wir haben uns unterhalten, wie wir diese Austauschprogramme auch inhaltlich gestalten könnten. Das war ein richtiger Aufbruch, aber wirklich erst nach 1990.

Alexandra Gerlach: Prof. Diner, war das typisch für den Ostblock, dass man gar keinen Kontakt hatte, dass man das gar nicht so richtig festgestellt hat: hier ist eine jüdische Gemeinde, oder wie war das?

Prof. Dr. Dan Diner: Also einmal gilt es, eine Unterscheidung zu treffen zwischen der verblichenen DDR und den anderen Ostblockstaaten. Vielleicht nennen wir sie doch beim Namen, dann wird es deutlicher. Alle diese Staaten nannten sich ja Volksdemokratien. Man muss sich das Wort einmal auf der Zunge zergehen lassen. Zum ersten Mal waren diese Staaten nach 1945 homogene



Nationalstaaten geworden. Wenn man sich Polen vorstellt, das ja ein multinationales Gemeinwesen war, war es nach 1945, nach der Vernichtung der Juden, nach der Vertreibung der Deutschen und der Westverschiebung ein homogener Staat. Das war das Ideal der polnischen Nationalisten der Zwischenkriegszeit gewesen. In diesen Staaten war jüdisches Leben im Prinzip schon aus diesen Gründen, plus dem Kommunismus, eigentlich kaum möglich.

Was die DDR angeht, war der Gegensatz – und das haben wir auch im Vortrag gehört – viel schärfer. Man könnte fast sagen, dass die Existenzgrundlage der DDR der Antifaschismus war. Und der Antifaschismus musste sozusagen die Vernichtung der europäischen Juden ausblenden. Er beruhte ja auf der geschichtsphilosophischen Vorstellung der Klasse. Deswegen gab es einen fundamentalen Gegensatz zwischen Buchenwald und Birkenau, also der Todesfabrik in Auschwitz. Das heißt, in der DDR

konnte eigentlich der Holocaust gar nicht akzeptiert werden. Das war ein Gegensatz, und im Unterschied zu den anderen Gemeinwesen beruhte die DDR einzig und allein auf einer geschichtsphilosophischen Grundlage. Als die widerlegt worden war, zerfiel sie. Polen blieb Polen, Ungarn blieb Ungarn etc. Nur die DDR konnte nicht.

Der Gegensatz zwischen diesen beiden – ich sage das bildhaft – war wie Feuer und Wasser: einerseits Buchenwald, der sogenannte politische Widerstand und damit das gesamte – wie es heute heißt – Narrativ, und auf der anderen Seite die Vernichtung, Birkenau. Insofern muss man es auch sozusagen aus dem Selbstverständnis der DDR heraus verstehen, warum diese Gemeinwesen sich einfach nirgendwo treffen konnten. Abgesehen jetzt von der Politik der Sowjetunion, des Kalten Krieges – es ist alles bekannt, aber es geht um Tieferes und um mehr. Und das wurde dann natürlich aufgebrochen. Insofern eignete sich dann

die Bevölkerung in der vormaligen DDR ja langsam mit der jüdischen Geschichte – und jetzt kommt das entscheidende Wort – auch die eigene Geschichte an. Insofern ist es mehr, als sich nur mit Fragen von Juden und ihrer Einwanderung und ihrer Präsenz in Deutschland zu befassen, sondern auch eine nochmalige Aneignung der eigenen Geschichte.

Alexandra Gerlach: Nun hat uns ja Herr Lewy vorhin sehr gut und anschaulich geschildert, wie schwierig dieses Verhältnis oder Nichtverhältnis war, diese Feindseligkeit zwischen der DDR und Israel, und dass sich das auch ausgewirkt hat auf die jüdischen Gemeinden. Herr Aris, es war vorhin die Rede davon, dass diskriminiert wurde. Wie sah denn der Alltag in so einer Gemeinde aus? Was durften Sie, was durften Sie nicht? Wo wurde diese Diskriminierung überhaupt sichtbar?

Heinz-Joachim Aris: Ich meine, es ist natürlich sowieso im Allgemeinen so, dass der Blick von außen etwas anders ist als der Blick von innen. Von innen ist man natürlich immer um das Optimum des täglichen Lebens bestrebt. Ich würde sagen, es gab eine totale Problematik mit dem Staat DDR, das war das Verhältnis der DDR zu Israel. Dort wurde eine von den Gemeinden nahezu kaum noch erbringbare Loyalität verlangt. Demgegenüber muss man natürlich auch sagen, dass die kleinen Gemeinden ohne jegliche eigene materielle Voraussetzungen auch am Tropf des Staates gehangen haben. Sie haben genauso Zuführungen – jetzt unabhängig von den Größenordnungen – zur Sicherung ihrer Existenz durch die damalige Regierung der DDR, also durch das Staatssekretariat für Kirchenfragen, bekommen. Das war das Absolute.

Ich würde nicht sagen, dass es offene Diskriminierung gab. Ansonsten waren die Gemeinden – das muss man natür-

lich auch sagen: vierhundert Mitglieder, davon allein zweihundert auf die Ostberliner Gemeinde konzentriert – in einer Gesamtbevölkerung von 16 Millionen nicht feststellbar und erst recht keine Gefahr irgendwie für die atheistische Grundausrichtung des Staates. Deswegen wurde keinerlei Einflussnahme auf das religiöse Leben genommen, das ja sowieso nur von den Betroffenen von sich heraus gestaltet wurde.

Alexandra Gerlach: Aber es gab auch keine Aussicht darauf, dass sie in die Lage versetzt würden, als Gemeinde zu wachsen?

Heinz-Joachim Aris: Das natürlich nicht. Deswegen ist ja die Zuwanderung so unendlich wichtig gewesen, wenngleich – das muss man auch einmal sagen – sicher zu Beginn der 90er-Jahre nicht nur mit großer Freude Israels (das wurde teilweise auch artikuliert von Israel) konstatiert wurde, dass so viele nach Deutschland wollten. Das war für uns

mitunter selbst etwas schwer nachvollziehbar, wenn man einmal diesen brachialen Drang »ins Land der Mörder« betrachtet, wo nun viele ihren neuen Lebensmittelpunkt suchten, aber es war für die Existenz der jüdischen Gemeinden dieses Landes absolut existenziell, und ohne diese Zuwanderung wären die Gemeinden einfach sukzessive ausgestorben. Denn es wurden keine Kinder geboren, es gab überhaupt keine Ehen jüdischer Partner mehr. Wir waren absolut bei wesentlich – vielleicht habe ich dann noch Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen – schlechteren Bedingungen als in der alten Bundesrepublik bereit, uns diesen Aufgaben zu stellen, und mit frohem Herzen haben wir uns dieser Aufgabe der Integration, in eine absolute Minderheit eine große Mehrheit zu integrieren, gestellt.

Alexandra Gerlach: Zu den Problemen. Ich möchte jetzt einmal ganz kurz einen großen Sprung machen in die Gegenwart und den Botschafter nochmals fragen.



Wenn Sie heute im Westen unterwegs sind und dann vielleicht auch in die neuen Bundesländer fahren, die ja gar nicht mehr neu sind, wie wir wissen, –

(Yakov Hadas-Handelsman: Das ist alles relativ!)

Ja, das ist alles relativ.

– aber wenn Sie dort jetzt Gemeinden besuchen: Gibt es aus Ihrer Sicht Unterschiede zwischen der Art und Weise, wie die Gemeinden funktionieren? Gibt es einen Unterschied, ob die im Osten oder Westen sind, oder ist das vielleicht in der jüdischen Gemeinschaft eigentlich egal?

Yakov Hadas-Handelsman: Es heißt, wenn jemand die Geschichte nicht kennt, hätte er den Eindruck, als ob es dieselbe gewesen wäre. Das heißt, die Leute sind dieselben Leute. Besonders in kleinen Gemeinden gibt es eine Mehrheit von neu zugewanderten Juden aus der Sowjetunion, und der Haken sind die soge-

nannten Veteranen. Auf den ersten Blick ist es dasselbe, aber wenn man die persönliche Geschichte hört, wie die von Aris oder anderen kleinen Gemeinden im ehemaligen Ostdeutschland, dann wird deutlich, dass es Unterschiede gibt. Dazu kommt die Tatsache, dass es neue Erfindungen auf diesem Gebiet gibt, aber nicht in Westdeutschland. Wenn es das in Westdeutschland überhaupt gab – sofern Synagogen die Pogromnacht oder den Krieg überleben konnten, waren sie bereits umgebaut oder renoviert worden. Aber hier ist es etwas anderes.

Ich bin vorgestern in Erfurt zu meinem Antrittsbesuch in Thüringen gewesen. Am Abend habe ich einen Vortrag vor Studenten der Willy Brandt School of Public Policy der Universität Erfurt gehalten. Örtlich fand diese Veranstaltung in der Kleinen Synagoge Erfurt statt. Das ist im Grunde eine alte Idee, zur gleichen Zeit aber auch neu, weil jener Ort bis vor ungefähr 20 Jahren eine Mischung aus Lager und Wohnraum gewesen war.

Unter dieser Nutzung war vergessen worden, dass es eine Kleine Synagoge in Erfurt gegeben hat. Inzwischen wurde sie zum Teil restauriert und die Erinnerung kehrt zurück.

Oder die Veranstaltungen, die z. B. hier in Sachsen stattfinden, die jüdischen Kulturwochen in Dresden oder in Leipzig. Diese Veranstaltungen sind für die Leute hier noch etwas neu, besonders für die jüdische Gemeinde. Das heißt, in anderen Teilen Deutschlands sind derartige Veranstaltungen bereits etabliert und selbstverständlich, aber nicht hier. Und das ist es, was so besonders ist.

Alexandra Gerlach: Herr Aris, noch einmal ganz kurz zu den Dresdner Verhältnissen zurück. Ich kann mich gut erinnern, dass Sie so in den 90er-Jahren mächtig mit Sprachproblemen in Ihrer Gemeinde zu kämpfen hatten. Es ging auch darum, dass viele russischstämmige Juden hierher kamen, die eigentlich nur »Jude« im Pass stehen hatten, aber

nicht mehr wussten, wie es sich eigentlich als Jude lebt. Wie sind Sie diesem Phänomen begegnet?

Heinz-Joachim Aris: Das war natürlich ein Problem. Ich meine, die Tatsache, dass »Jewrej« im Ausweis, also die Nationalität »Jude«, Grundlage für die Ausreise war und nicht unbedingt das Sich-Religiös-verwirklichen-Wollen an allererster Stelle, das waren natürlich Probleme. Aber das hat sich in einem sukzessiven Prozess dann doch langsam ausgeglichen. Ich meine, es ist ja allgemein bekannt, und es gibt auch sehr drastische Sprichworte dafür, wie die Reihenfolge ist: in diesem Fall erst eine gewisse soziale Stabilität, dann die Religion und dann das gesellschaftliche Wirken. Brecht hat es wohl noch etwas ausgeprägter gesagt. Das war natürlich erst einmal klar. Aber es hat sich in einem allgemeinen Prozess entwickelt. Dabei muss man sagen – und das habe ich eben gemeint –, dass es im Verhältnis zu Westdeutschland ja hier miserabelste Bedingungen waren.

Dies nicht unbedingt in den Gemeinden – doch dort auch, weil die materiellen Voraussetzungen der Gemeinden so waren, dass man zum Beispiel im Höchstfall eine Sekretärin hatte. Das war die Infrastruktur der Gemeinden. Es war in Westdeutschland ganz anders. Deswegen war das natürlich einfacher. Dazu kam dort noch eine wesentlich geringere Zuwandererzahl im Verhältnis zu den Stammmitgliedern. Während es dort vielleicht manchmal um mehrere Hundert Prozent anstieg, waren das bei uns Prozente im Zweitausenderbereich. Aber – um auf die Ausgangsfrage zurückzukommen – es hat sich sukzessive eine Integration in das gesellschaftliche und in das religiöse Leben ergeben.

Alexandra Gerlach: Aber ich kann mich erinnern: Das war nicht so ganz harmonisch am Anfang?

Heinz-Joachim Aris: Harmonisch? Ich würde sagen, das war sicher ein Durchsetzungsprozess.

Alexandra Gerlach: Ich meine, wie die Kräfteverhältnisse waren, wenn Sie sagen, dass es ein Durchsetzungsprozess war.

Heinz-Joachim Aris: Gut, Sie müssten noch einmal definieren, was Sie unter »nicht harmonisch« verstehen.

Alexandra Gerlach: Ich kann mich erinnern, dass sozusagen zwei Kulturen aufeinandertrafen, um das vorsichtig auszudrücken.

Heinz-Joachim Aris: So meinen Sie das. Ja, sicher. Ich meine, da gab es natürlich auch Mentalitätsunterschiede. Aber ich muss sagen, die Mehrheit auch der wenigen alteingesessenen Gemeindeglieder hatte das sehr schnell verstanden, dass man auch ein bisschen Geduld mit manchen, sagen wir einmal Unterschieden in kultureller und sonstiger Ausrichtung, in Mentalitätsfragen haben musste. Heute gibt es das nicht mehr.



Es war natürlich ein Prozess, der eine gewisse Zeit von Jahren in Anspruch genommen hat, aber heute – so eine Gemeinde wie Dresden hat 90 % der Gemeindemitglieder aus Zuwanderung, das ist das tragende Fundament. Ich glaube, wir sind zu einer guten Symbiose zwischen den Alteingesessenen, die ja zum großen Teil gar nicht mehr da sind, aber es sind auch Deutsche, wenn ich jetzt einmal diesen Unterschied wähle, und den Dazugekommenen gelangt. Wir haben relativ viel Konvertierte und auch nach Dresden gezogene jüdische Bürger. Es hat sich eine gute Symbiose ergeben. So würde ich das heute einschätzen. Sicher, wenn man jetzt nun einmal alles Revue passieren lässt in der Vergangenheit, da gab es die eine oder andere Hürde. Die sind aber genommen.

Alexandra Gerlach: Das klingt ja schon einmal alles sehr schön. Ich möchte an dieser Stelle schon einmal ankündigen, dass wir Sie so in einer Viertelstunde spätestens bitten werden, dass Sie sich

mit an der Diskussion beteiligen. Ich habe zwei Bereiche, die ich gern noch hier erarbeiten möchte, und dann ist für Sie sozusagen die Chance gegeben, Fragen zu stellen.

Zuvor möchte ich gern noch einmal wissen – jetzt hat sich das alles ganz gut angehängt, es hat sich alles ganz schön entwickelt, so ein kleines Pflänzchen grünt jetzt und wächst und gedeiht –: Welche Gefährdungen haben wir denn für dieses neue jüdische Leben in der Bundesrepublik, Herr Lewy?

Mordechay Lewy: Na ja, ich möchte nicht so tun, als ob ich ein Fachmann für die Bundesrepublik 2013 bin, aber ich glaube, dass sich das jüdische Leben hier in dem Sinne normalisiert, dass man sich mit Fragen beschäftigen muss, die andere Gemeinden außerhalb Deutschlands auch beschäftigen, wie zum Beispiel dem Verhältnis zwischen jüdischer Identität und Integrationspotenzial und -vermögen. Das heißt,

inwieweit das eine auf Kosten des anderen gehen wird oder nicht. Das sind Grundfragen, die die jüdischen Gemeinden zum Beispiel in Amerika, in Italien oder in Frankreich beschäftigen, ausgenommen Israel, wo diese Frage mehr oder weniger gelöst ist, weil das der einzige Ort ist, wo die Gesellschaft mehrheitlich jüdisch formiert ist. Das sind Fragen, die ungelöst sind, und man weiß nicht, wie sie sich entwickeln.

Die andere Frage ist die Einheitsgemeinde, ob sie wirklich zersplittert oder immer noch als eine Dachstruktur durchgehalten wird. Ich glaube, dass man pragmatisch genug war, wenn ich das so ablese für die letzten fünf bis zehn Jahre. Man hat es pragmatisch gelöst und, glaube ich, auch sehr viel Wind aus den Segeln genommen für diejenigen, die es unbedingt wissen wollten. Indem man da integrativ war, glaube ich, hat man das vielleicht vorläufig abgewendet. Mehr als das wissen vielleicht die anderen.

Heinz-Joachim Aris: Es fiel mir gerade ein zu Ihrer bohrenden Frage. Dazu hätte ich gern noch eine eigentlich sehr ausgeprägte Feststellung. Wir hatten am vergangenen Sonntag Wahlen in der jüdischen Gemeinde. Da wird die sogenannte Repräsentantenversammlung gewählt, weil es aufgrund der Größe der Gemeinden eine Vertretung gibt, aus der dann ein Vorstand gewählt wird. In diese Repräsentantenversammlung, die ja letztendlich in der gleichen Zusammensetzung gewählt wird, die die Gemeinde kennzeichnet. Auch von dem Wahlvolk, unabhängig davon, dass nie 100 % wählen, sind etwa 40 % Deutsche gewählt worden. Das drückt doch eigentlich aus, wie sich die Symbiose vollzogen hat.

Das wollte ich noch hinzufügen.

Alexandra Gerlach: Ja, sehr schön.

Ich möchte jetzt gern kurz noch einmal einen Sprung zurück machen zu der

Frage, die ich gerade Herrn Lewy gestellt habe, und möchte Sie, Herr Botschafter, bitten, dass Sie uns noch einmal sagen, welche Gefährdungen Sie sehen. Sie sitzen nun im politischen Herzen dieser Republik und haben sicherlich noch einen anderen Blick auf die Lage als Herr Lewy.

Yakov Hadas-Handelsman: Gefährdungen, wenn überhaupt, kommen meiner Meinung nach nicht aus der Politik. Das ist es, was heute anders ist. Botschafter Lewy hat während seiner Rede zum Ausdruck gebracht, dass seit der Vereinigung die Juden in Deutschland nicht mehr auf Koffern sitzen. Ich bin jetzt ziemlich genau ein Jahr in Deutschland. In diesem Jahr gab es verschiedene Anlässe, zu denen Befragungen zum jüdischen Leben in Deutschland unternommen wurden.

Ich spiele zum Beispiel auf die Beschneidungsdebatte an: Im Rahmen dieser Debatte wurden zum Teil scharfe Äußerungen aus jüdischen Gemeinden in

Deutschland laut. Ich kann mich erinnern, dass Dr. Joffe zu der Frage »Judenkoffer – wer sitzt wo?« gesagt hat, dass wir auf unseren Koffern sitzen und die deutsche politische beziehungsweise juristische Entscheidung erwarten. Auf der anderen Seite hat Frau Knobloch sich in ihrem Artikel in einer großen deutschen Zeitung so geäußert, dass wir hier noch immer erwünscht seien. Das ist etwas, das nicht aus einer ideologisch geprägten oder feindlichen Regierung kommt, sondern aus der Gesellschaft.

Schon sehr oft wurde ich von deutschen Medien nach meiner Meinung zum Thema Beschneidung gefragt und habe stets geantwortet, dass ich das Thema nicht für unser Problem halte. Wieso? – Weil ich der Ansicht bin, dass diese Debatte vor allem ein Problem der deutschen Gesellschaft ist.

Alexandra Gerlach: Aber ich sage doch, es hat das Verhältnis der Deutschen zu den hier lebenden Juden schon sehr



erschüttert. Das war ja letztes Jahr wirklich eine heftige Diskussion, die dann doch an eine der Grundfesten Ihres Glaubens ging.

Yakov Hadas-Handelsman: Nicht nur an ein Glaubensprinzip der Juden übrigen.

Alexandra Gerlach: Natürlich. Aber heute reden wir ja nun darüber. Wir können jetzt nicht über Moslems reden, das würde ich jetzt nicht so erweitern wollen. Aber ich denke, ich kann diese Gelassenheit im Moment gar nicht so nachvollziehen, die Sie jetzt gerade zeigen. Ich habe so den Eindruck, das hat ganz schön etwas aufgerüttelt und infrage gestellt.

Yakov Hadas-Handelsman: Ja, das hat es sicher und das kann ich auch verstehen. Es gibt zum Beispiel deutsche Juden, die den Holocaust überleben konnten. Für sie war es nicht sehr leicht, weiterhin in Deutschland zu leben. Das ist ein Understatement. Warum? Erstens sind sie

Opfer und mussten mit den Tätern zusammenleben – Tätern, die angeblich von nichts wussten. Zweitens haben sie ihre Familien verloren, wurden von Nachbarn oder anderen verraten. Noch dazu kam die zum Teil scharfe Kritik aus Israel und von den Juden in der ganzen Welt, die gefragt haben, wieso sie dort wohnen bleiben können, an diesem Ort. Aus den verschiedensten Gründen sind sie dennoch hiergeblieben.

Jetzt, fast 70 Jahre nach dem Ende der Schoah, mehr als 20 Jahre, nachdem Deutschland vereinigt wurde, steht es heute für Demokratie, Pluralismus, Liberalismus, Freiheit. Berlin sei hier als Paradebeispiel genannt. Da war die Beschneidungsdebatte natürlich ein tiefer Einschnitt – das, was lange toleriert wurde bzw. für 313 Millionen Amerikaner und 25 Millionen Kanadier positiv ist, ist nun in Deutschland nicht mehr möglich? Deswegen drängen sich Fragen auf. Ich bin Israeli, ich vertrete meinen Staat hier und bin Beobachter. Meine eigene

Beschneidung liegt bereits hinter mir, also: kein Problem. Und auch wenn die Entscheidung so ausgefallen wäre, dass Beschneidungen in Deutschland nicht mehr möglich gewesen wären, hätte es für die hier lebenden Juden nicht wirklich ein Problem gegeben, da sie den Eingriff noch immer anderswo hätten durchführen lassen können. Aber was die emotionale Ebene anbelangt – ich versuche, mir vorzustellen, wie es sich anfühlt, und weiß nicht, ob ich es wirklich einschätzen kann.

Alexandra Gerlach: Dann versuche ich es einmal bei Dan Diner. Was hat denn diese Diskussion verändert?

Prof. Dr. Dan Diner: Die Frage, die Sie aufwerfen, ist sehr, sehr grundsätzlich. Die Antwort darauf wird notwendigerweise komplex sein. Das Wort Muslime ist ja gefallen, da haben Sie gesagt, das sei eigentlich nicht unser Thema. Und das ist in der Tat nicht unser Thema. Aber in gewisser Hinsicht ist das ein Teil

der großen Veränderungen in diesem Land. Es gibt bestimmte Paradoxien, die – sagen wir – unseren Gegenstand, die Juden in Deutschland, betreffen, und zwar in einer doppelten Weise, in einer umgekehrten Weise.

Einmal können Muslime und Juden in Deutschland nicht ignorieren, dass es einen Konflikt gibt im Nahen Osten, der sich sozusagen nach Europa verlängert, zumindest als Bild. Ich meine jetzt nicht, dass der Konflikt hier ausgetragen wird, aber es gibt gewisse Resistenzen und Spannungen, Wahrnehmungen. Das heißt, hier treten, wenn man so will, Juden und Muslime zwar nicht gegeneinander auf, aber auch nicht miteinander. Und dann tritt plötzlich die Beschneidungsfrage auf. Sie ist eigentlich von den Muslimen ausgelöst worden, denn auf Fälle bei ihnen hat sich die Diskussion zunächst bezogen. Aber sie betreffen dann auch die Juden, weil es um Beschneidung geht und um Veränderungen, die in der westlichen Gesellschaft

schlechthin erfolgt sind, was den Schutz des Kindes angeht. Und plötzlich schießen Dinge zusammen, von denen man eigentlich nicht erwartet hat, dass sie zusammengehören könnten, auch als Konflikt.

Was wiederum vielleicht viele, die in diesem Lande leben, so nicht wahrnehmen: Man redet ja davon nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa, im Westen schlechthin, aber natürlich in Deutschland und vor allem im östlichen Teil Deutschlands, in den neuen Bundesländern, mit einer, sagen wir, überschießenden Säkularisierung. Die Kirchen sind leer, das Christentum als Religion spielt keine Rolle mehr. Aber als Kultur ist es natürlich präsent. Insofern fällt die Beschneidungsfrage, die auch eine Frage des Schutzes des Kindes ist, gegen den niemand etwas haben kann, die Frage sozusagen des religiösen Ritus, auf einen Resonanzboden, der ganz bestimmte Erregungen nach sich zieht, von denen man den Eindruck hat,

dass sie vielleicht tiefer reichen als nur bis zu Dingen, die die Beschneidungsfrage betreffen.

Es ist diese Komplexität und die Paradoxie, dass die Diskussion eigentlich in Bezug auf Muslime ausgelöst wurde. Wenn hier als nichtchristliche Bevölkerung keine Muslime leben würden und nur Juden – ich glaube, man hätte wenig Aufhebens davon gemacht. Was die Beschneidung eines jüdischen Kindes angeht und eines muslimischen, gibt es erst einmal große Unterschiede. Muslime könnten sich mit 12, 13, 14 Jahren beschneiden lassen; das ist in der jüdischen Sitte, im jüdischen Ritus ja nicht der Fall. Doch plötzlich kommen diese Dinge zusammen, und insofern könnten das Fragen der Zukunft sein, Fragen als Problem – wie auch immer. Insofern denke ich, dass die Präsenz von Muslimen im Westen, in diesem Falle in Deutschland, auch alte jüdische Fragen wieder aufwirft, von denen man den Eindruck hatte, dass sie keine Rolle spielen.



Alexandra Gerlach: Also stehen wir erst am Anfang einer neuen Diskussion.

Yakov Hadas-Handelsman: Das würde ich schon sagen, allerdings nur in gewisser Hinsicht. Dies dürfte hier aber zu weit führen – daher nur ein Satz: Der Islam bzw. die Präsenz des Islam in den westlichen Gesellschaften bringt ein energetisches Element der Religiosität, welches wir nicht mehr gewohnt sind. Dies wirft Fragen auf, die sich dann auch Christen stellen: Was sind wir eigentlich? Was bedeutet unser Christentum heute noch für uns? Auch Juden spielen in diesem Zusammenhang eine gewisse, wenn auch nicht die zentrale Rolle.

Alexandra Gerlach: Ich würde diese Frage gern noch einmal an Matthias Röbner weitergeben. Was hat diese Debatte ausgelöst – jetzt zum Beispiel in der CDU? Also genau das, was Sie jetzt gerade angesprochen haben, Prof. Dr. Dan Diner, dass man sich fragt, wo wir denn als Christen stehen, was das Christentum

für uns bedeutet. Wir stehen vielleicht am Beginn einer neuen Diskussion? Wie ist das diskutiert worden?

Dr. Matthias Röbner: Ich bin darauf richtig gespannt. Nicht nur in der CDU. Wir haben uns ja wirklich eingerichtet in Europa. Wir haben gedacht, alles wird immer säkularer, und jetzt erleben wir um uns herum in dieser Welt eigentlich eine Renaissance von Religion. Man kann sagen, der Islam ist eine relativ junge Religion. Wir haben ja sozusagen die ganz alten Geschwister, dann die mittleren. Der Islam ist, wenn Sie so wollen, in einer noch sehr dynamischen Phase. Da gibt es natürlich auch Militante. Ich bin ganz viel in Mittelasien unterwegs, in Usbekistan, Tadschikistan usw. Wer sich ansehen will, wie sich Religionen revitalisieren, der muss sich das nur einmal in Mittelasien anschauen und in anderen Regionen dieser Welt. Ich denke schon, dass das auch mit der Zuwanderung von Muslimen hierher zusammenhängt, die das natürlich alles

mitbringen. Wir kennen das ja auch aus afrikanischen Ländern, welche Dynamik das entwickeln kann.

Ich kann nur hoffen, dass das bei uns in Europa – wir sind ja, wenn man so will, diskussionsgeübt – deutlich anders abläuft. Wenn Sie dynamische Religionen haben, teilweise auch militante, auch Fundamentalismus – übrigens gibt es den nicht nur im Islam –, dann kann es natürlich einen Zusammenprall geben. Freunde aus Israel können da aus eigener Erfahrung berichten, aber ich bin mir nicht sicher, ob Europa von diesen »Fundamentalismen« auf Dauer relativ verschont bleibt. Das wage ich zu bezweifeln.

Alexandra Gerlach: Das ist dann eine weitere Diskussion.

Dr. Matthias Röbner: Das ist ein ganz neues Feld der Diskussion, da können wir dann auch unsere Erfahrungen austauschen.

Alexandra Gerlach: Ich würde Sie jetzt gern bitten, sich einzuschalten. Wer eine Frage stellen möchte – dahinten steht ein Mikrofon, das steht Ihnen allen offen. Gibt es schon aktuell Wortmeldungen, Fragen, die Sie stellen möchten? – Noch nicht. Dann möchte ich gern jetzt an den Botschafter noch einmal eine Frage stellen. Die Bundeskanzlerin hat kürzlich erst, Ende letzten Jahres, ein großes Maß an Antisemitismus in Deutschland beklagt. Erleben Sie das im Alltag?

Yakov Hadas-Handelsman: Nein. Aber wie ich weiß, ist die Zahl antisemitischer Übergriffe in Deutschland relativ klein oder niedrig im Vergleich mit anderen Teilen Europas. Dazu ist allerdings zu sagen, dass Statistik etwas ist, wovon Shimon Perez immer behauptete, dass statistisch jemand, der nicht schwimmen kann, in einem Schwimmbad von durchschnittlich zwei Meter Tiefe überleben kann, und jemand, der Olympiasieger im Schwimmen ist, in einem Schwimmbad

ertrinken kann, das im Durchschnitt 10 Zentimeter tief ist. Meiner Wahrnehmung nach ist es allerdings der Fall, dass, wenn ein Rabbiner z. B. in Stockholm angegriffen wird, dieser Vorfall die schwedischen Schlagzeilen und wahrscheinlich auch die israelischen Schlagzeilen erreicht. Wenn aber ein Rabbiner in Berlin oder Dresden angegriffen wird, dann würde jener Vorfall die Weltschlagzeilen erreichen. Warum? Weil er sich in Deutschland ereignete. So, wie es mit der Beschneidungsdebatte war, könnte das auch in einem anderen Land stattfinden, so hätte man darüber berichtet.

Deutschland ist etwas Besonderes, und das ist das deutsche Schicksal. Meiner Meinung nach sind die Juden und die Deutschen für ewig miteinander verbunden. Ihre Schicksale sind durch die Vergangenheit eng miteinander verflochten. Und wenn in Deutschland etwas in dieser Art und Weise passiert, ist es schlimmer, als wenn es z. B. in Großbritannien

passiert. Und wenn ein Journalist in London sitzt und eine Kritik über Israel schreibt, dann wird es immer etwas anders sein, als wenn jemand hier in Berlin das tut.

Alexandra Gerlach: Das war jetzt ein so schönes Schlusswort. Sie haben uns Hoffnung gemacht und haben uns trotzdem natürlich schon gesagt: Es bleibt schwierig mit uns.

Yakov Hadas-Handelsman: Das habe ich nicht behauptet.

Alexandra Gerlach: Das war jetzt etwas zugespitzt. Sie haben gesagt, es ist etwas Besonderes. Ich habe das ein bisschen zugespitzt. Ich nehme es zurück.

Aber nichtsdestotrotz werfe ich jetzt noch einmal den Blick in die Runde. Gibt es dringenden Fragebedarf Ihrerseits? – Ansonsten würde ich mit Rücksicht auf Ihren Magen und vielleicht den Wunsch, bilateral noch einmal das eine oder



andere Gespräch anknüpfen zu lassen, sonst gerne mit einem großen Dank an das Podium die Runde beenden.

Dr. Matthias Röbler: Ich darf natürlich zu unserem koscheren Büfett einladen – das ist selbstverständlich – und mich auch noch bedanken bei allen hier vorn.

Die Dame bekommt einen Blumenstrauß – vielen Dank für die Moderation – und einen wunderbaren Kupferstich. Die Herren erhalten keine Blumen, aber jeder einen wunderbaren Kupferstich. Vielen Dank, dass wir hier diskutieren konnten.

Vielen Dank. – Bitte zum Büfett!

Die Schriftenreihe »DIALOG« dokumentiert die »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus«.

Folgende Dokumentationen sind bereits erschienen:

- Heft 1: »Amerika und Europa – Folgt der Finanzkrise die Staatskrise?« am 18. Januar 2011
- Heft 2: »Parteiendemokratie in Deutschland – Gesicht und Substanz des politischen Personals« am 19. Juni 2012
- Heft 3: »Identität und Föderalität: Europas Wege aus der Krise« am 5. Juni 2012 im Plenarsaal
- Heft 4: Fachtagung »Sächsische Landtagsgeschichte im Vergleich« am 28. März 2012



Die einzelnen Hefte können bei Interesse kostenfrei unter www.landtag.sachsen.de oder per Post bestellt werden, soweit sie noch nicht vergriffen sind. In der Bibliothek des Sächsischen Landtags stehen sie ebenfalls zur Ansicht zur Verfügung.

